



Mit den neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften greift die WHO in die staatliche Souveränität ein

Bundesrat muss Opting-out erklären – Mitbestimmung für Parlament und Volk

Interview mit Andrea Staubli, Rechtsanwältin*

thk. Bis zum 19. Juli muss der Schweizer Bundesrat entschieden haben, ob er die geänderten Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) annehmen will oder ob die Annahme vorerst sistiert wird, um eine öffentliche Debatte darüber zu führen. Eine Annahme ohne demokratisches Verfahren wäre ein diktatorischer Akt.

Fünf neben einer Vielzahl anderer Bestimmungen der IGV hätten bei einer Annahme gravierende Auswirkungen auf unser Staatswesen, indem wesentliche Verfassungsartikel verletzt würden.

1. Erweitertes, freies Ermessen des Generaldirektors der WHO zur Ausrufung einer Pandemie oder einer potenziellen Pandemie ohne Nachweis und Rechtskontrolle.
2. Der Generaldirektor legt fest, was sogenannte «relevante Gesundheitsprodukte» sind, die während einer Pandemie eingesetzt werden müssen.
3. Mitgliedstaaten müssen Behördenstellen einrichten, um die Koordination mit der WHO sicherzustellen.
4. Die WHO legt fest, wie man sich zu einer Pandemie äussern darf und verlangt von den Mitgliedstaaten, alle anderen Meinungen und Erkenntnisse zu unterdrücken – eine massive Einschränkung der Meinungsfreiheit.
5. Die Vertragsstaaten müssen einen koordinierten Finanzierungsmechanismus erstellen.

Was sich hinter diesen Punkten alles verbirgt und wie die neuen IGV in die Verfassung der Schweiz eingrei-

fen, erfahren Sie im folgenden Interview mit der Juristin Andrea Staubli. Es ist ungeheuerlich, was am Volk vorbeigeschleust werden soll, um die Schweiz in eine unumkehrbare Abhängigkeit zur WHO zu bringen.

Zeitgeschehen im Fokus Wie ist das weitere politische Vorgehen im Zusammenhang mit den geänderten Internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO?

Andrea Staubli Der Bundesrat hat das Dossier unter seiner «Kontrolle», und die grosse Frage steht im Raum: Kommt der Vertrag ins Parlament und allenfalls vors Volk? Das «Aktionsbündnis freie Schweiz» (ABF Schweiz)¹ und namhafte Juristen sind der Meinung, die Bestimmungen müssten vom Parlament behandelt werden. Der Bundesrat hat aber eine andere Meinung und argumentiert, es handle sich nur um «geringfügige Anpassungen technischer Natur». Deshalb könne er selbst entscheiden, ob er diese IGV annehme oder Widerspruch einlege und die Änderungen ablehne (sogenanntes «Opting-out»). Aufgrund der weitreichenden Eingriffe der IGV in die Souveränität der Schweiz wirkt sich das auch direkt auf die Freiheit des einzelnen Menschen aus. ABF Schweiz ist der Überzeugung, dass diese Neuerungen zumindest dem Parlament vorgelegt werden müssen.

Es gab verschiedene Motionen, die das Thema auf die Traktandenliste des Parlaments bringen wollten, auch mit der Option eines Referendums. Das ist bis jetzt nicht gelungen. Besteht dennoch eine Möglichkeit, diese Thematik erneut ins Parlament zu bringen?

In den letzten Jahren gab es im Nationalrat und im Ständerat verschiedene Vorstösse, die verlangten, die Verträge, die die WHO aus-



Andrea Staubli (Bild zvlg)

arbeitet oder bereits ausgearbeitet hat, dem Parlament vorzulegen. Es gibt zum Beispiel die Motion Glarner aus dem Jahre 2022. Sie fordert, dass WHO-Instrumente dem Parlament unterbreitet werden sollen. Der Bundesrat beantragte dem Parlament die Ablehnung der Motion. Sowohl der Nationalrat als auch der Ständerat haben die Motion allerdings mit grossen Mehrheiten im Frühling 2024 respektive im Herbst 2024 angenommen. Verschiedene Parlamentarier und Juristen sowie ABF Schweiz sagen, dass die Auslegung der Motion und al-

INHALT	
Die bizarre Wandlung des Ignazio Cassis	
von Thomas Kaiser	5
Zurück zu einer Schweiz der Guten Dienste	
von Dr. phil. Henriette Hanke Güttinger	6
«Russland will Verhandlungslösung»	
Interview mit Jacques Baud	8
«Die Hetze gegen alles Russische ist einer zivilisierten Gesellschaft unwürdig»	
Interview mit Prof. Dr. Alfred de Zayas	11
Besuch bei einer Beduinengemeinde im Jordantal	
von Dr. phil. Henriette Hanke Güttinger	16
Jugendgewalt – die Rolle der Schule	
von Dr. phil. Alfred Burger	19

* **Andrea Staubli** ist Rechtsanwältin und Mediatorin sowie ehemalige Gerichtspräsidentin. Sie engagiert sich beim Aktionsbündnis freie Schweiz (ABF Schweiz) für die Souveränität der Eidgenossenschaft.

ler Voten, die im National- und im Ständerat geäussert wurden, ganz klar dafür sprechen, dass die Motion auch für die IGV gelten muss. Da die Motion in beiden Räten angenommen wurde, ist der Bundesrat verpflichtet, die Änderungen in den IGV dem Parlament zu unterbreiten. Bis heute hat der Bundesrat diesbezüglich keine Anstalten unternommen. Es wurden deshalb weitere Motionen mit ähnlicher Stossrichtung eingereicht. Die Motion Schwander im Ständerat und die Motion der SVP-Fraktion im Nationalrat, die sich explizit auf die Änderungen der IGV bezogen, wurden abgelehnt. Im Moment herrscht eine unklare Situation betreffend das weitere politische Vorgehen in Bezug auf die Änderungen der IGV, die in ihren Auswirkungen äusserst gravierend sind. In der Sommersession wird man deshalb versuchen, das Thema nochmals aufs Tapet zu bringen, um der korrekten Umsetzung der Motion Glarner Nachachtung zu verschaffen.

Warum sind die Motion Schwander und diejenige der SVP-Fraktion abgelehnt worden?

Wir konnten feststellen, dass die Parlamentarier beider Räte ungenügend über die IGV informiert und aufgeklärt sind. Unsere Vermutung ist, dass das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die zuständigen Kommissionen, die Aussenpolitische Kommission (APK) und die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) des Stände- und Nationalrats, einseitig beziehungsweise nicht vollständig orientiert hat und die schwerwiegenden Punkte, die einen Eingriff in unsere medizinische Souveränität und Eigenverantwortung bedeuten, vom BAG nicht angesprochen wurden. Das BAG und Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider reden immer nur von «geringfügigen Anpassungen technischer Natur». Diese Argumentation wird in den Kommissionen übernommen, und die übrigen Parlamentarier vertrauen den Kommissionsmitgliedern und schliessen sich ihrer Meinung an.

Wirken wir dieser Uninformiertheit entgegen! Was sind denn die gra-

vierendsten Punkte dieser Änderungen bei den neuen IGV?

Ich möchte insbesondere auf fünf Punkte hinweisen: Im ersten Punkt geht es darum, dass in den geänderten IGV die «pandemische Notlage» eingeführt wurde. Damit erhält der Generaldirektor der WHO eine erweiterte Kompetenz. Er kann noch einfacher eine Pandemie ausrufen, und zwar alleine. Dazu muss nicht einmal eine Pandemie bestehen, sondern ein mögliches hohes Risiko genügt bereits zur Ausrufung einer Pandemie. Der Generaldirektor hat einen riesigen Ermessensspielraum. Es gibt zwar einen Notfallausschuss, der den Generaldirektor beraten soll, aber er muss sich nicht an diese Ratschläge halten. Dazu bestimmt er auch noch, wer in dem Notfallausschuss sitzt. Es gibt im WHO-System keine «Checks and Balances». Eine Gewaltenteilung, wie wir sie in unserem Staatswesen kennen, finden wir bei der WHO nicht. Wenn jetzt der Generaldirektor eine Notlage ausruft, und wir haben das 2020 in unserem Land erlebt, dann beruft sich unser Bundesrat darauf: «Wir können gar nicht anders, wir müssen den Empfehlungen der WHO folgen.» Der Bundesrat argumentiert bei den IGV damit, dass jeder Staat selbst entscheiden könne, ob er der WHO und ihren Empfehlungen folgen wolle oder nicht. Das ist, wie das Beispiel zeigt, weit entfernt von jeglicher Realität, denn die kleine Schweiz wird kaum sagen: «Da machen wir jetzt nicht mit.» Das ist völlige Augenwischerei.

Hat der Bundesrat sich nicht immer genau an die Vorgaben der WHO gehalten?

Doch, Bundesrätin Sommaruga antwortete damals auf die Frage einer Journalistin, warum die Schweiz noch nicht von der ausserordentlichen in die normale Lage zurückgekehrt sei, geantwortet, dass die Schweiz das nicht könne, denn die WHO lege das fest. Bundesrat Cassis führte in der Arena folgendes Beispiel aus: Wenn ein Verunfallter ins Spital gebracht wird und dort stirbt, wird er als Covid-Toter gezählt, wenn er einen positiven PCR-Test hat. Das habe nicht die Schweiz so ent-

schieden, das sei ein Entscheid der WHO gewesen. Das müsse man so machen. Wir haben also erlebt, dass unsere Regierung blindlings mehr oder weniger übernimmt, was von der WHO bestimmt wird.

Die Schweiz hätte das nicht machen müssen?

Nein, das waren Empfehlungen. Die konnte man übernehmen oder auch nicht. Bundesrätin Baume-Scheider hat klargestellt, dass die IGV ein völkerrechtlicher Vertrag und damit mit Unterzeichnung verbindlich seien: Pacta sunt servanda – Verträge sind einzuhalten, was so viel bedeutet, dass die Schweiz an diesen Vertrag gebunden ist. Zum einen wird nun im Text der IGV auf die Souveränität der Staaten hingewiesen, gleichzeitig heisst es aber auch, wenn der Generaldirektor Massnahmen empfiehlt, seien diese auch umzusetzen. Es besteht also ein gewisser Widerspruch im Vertragstext selbst. Allerdings sehen wir jetzt schon, dass sich die Schweiz den Bestimmungen der WHO unterordnet, und damit werden die Empfehlungen zu einem Muss. Mit Inkrafttreten der geänderten IGV würden diese Mechanismen verschriftlicht und damit zementiert.

Das ist schwerwiegend und müsste schon allein deswegen zurückgewiesen werden. Was erwartet uns bei den weiteren Punkten?

Der Generaldirektor legt fest, was die sogenannten «relevanten Gesundheitsprodukte» sind. Mit Ausrufung einer Pandemie bestimmt er dann, welche relevanten Gesundheitsprodukte während der Pandemie zum Einsatz kommen sollen. Bei den gesundheitsrelevanten Produkten finden wir dann die Impfstoffe, die traditionellen, aber auch die zell- und genbasierten beziehungsweise die mRNA-Impfstoffe, die in den IGV neu schriftlich fixiert sind. Der Generaldirektor kann verfügen, dass diese verwendet werden sollen. Wird eine Pandemie ausgerufen, müssen die Medikamente nicht mehr die hohen Anforderungen für die Zulassung als «Gesundheitsprodukte» erfüllen. «Swissmedic» kann dann zum Beispiel ein neues mRNA-Produkt durchwinken, ohne genügende

Tests und ohne festzustellen, ob es sicher ist. Das ist hochbrisant, auch nach den Erfahrungen, die wir bei Covid-19 gemacht haben. Es wurde immer behauptet, der Impfstoff schütze vor Ansteckung. Heute wissen wir, dass das nicht der Fall war. Es gibt grosse Anstrengungen, alle Impfstoffe auf mRNA-Basis zu entwickeln. Das könnte dazu führen, dass nur solche Impfstoffe als gesundheitsrelevante Produkte verwendet werden dürfen. Alternative Produkte oder gesunder Lebenswandel, Vitamine oder frische Luft und Bewegung wären nicht akzeptiert und könnten sogar verboten werden.

Wie soll das in den einzelnen Ländern durchgesetzt werden?

Die Mitgliedstaaten, auch die Schweiz, und das ist der dritte Punkt, müssen neue Behördenstellen einrichten, damit die Koordination zwischen Mitgliedstaat und der WHO sichergestellt wird. Diese IGV-Behörden müssen Personal und Finanzmittel bereitstellen und auch ihre innerstaatlichen Vorschriften anpassen, damit die Koordination gewährleistet ist. Das ist ein klarer Einschnitt in die Souveränität der Schweiz. Ein weiterer gefährlicher Aspekt ist die «Informationskontrolle». Die Mitgliedstaaten sind zum Aufbau von Kernkapazitäten im Bereich der Risikokommunikation verpflichtet. Die Verhinderung von Fehl- und Desinformation muss gewährleistet sein, das heisst nichts anderes, als sie zu bekämpfen. Die Staaten sind laut IGV dazu verpflichtet.

Das erinnert schwer an Zensur. Wer legt denn fest, was Fehl- oder Desinformation sein soll?

Die WHO legt fest, was man noch sagen oder schreiben darf und was nicht. Wenn wir zum Beispiel sagen, die Covid-19-Impfung schützt nicht vor Ansteckung, dann wäre das in Zukunft eine Fehlinformation, und der Bund müsste eine solche Aussage bekämpfen. Wäre diese auf Social Media zu finden, würde sie gelöscht. Die WHO begann im Sommer 2020 damit, ein Infodemie-Management aufzubauen. Mit Infodemie bezeichnet die WHO ein «Zuviel an Information». Man hat also in der WHO be-

reits 2020 gewusst, dass man mit Aussagen konfrontiert sein wird, die nicht in ihr Konzept passen. Damit bestimmt die WHO in Zukunft, was ein Zuviel an Information ist. Sie nimmt sich dieses Recht heraus mit der Begründung, die Menschen vor einem risikohaften Verhalten zu schützen und dabei Verhaltensweisen, die ihrer Auffassung entgegenstehen, zu verbieten. Um das auch durchsetzen zu können, bildet die WHO sogenannte Infodemie-Manager aus. Deren Aufgabe ist es, falsche Informationen im Sinne der WHO aufzuspüren und zu bekämpfen. Das verstösst unbestrittenermassen gegen die in unserer Bundesverfassung verbrieften Grundrechte wie Meinungs- und Informationsfreiheit, Medienfreiheit und Wissenschaftsfreiheit.

Das kostet doch alles Geld. Man muss die «Denunzianten» ausbilden und nachher bezahlen. Wie soll das funktionieren? Wer kommt für die Kosten auf?

In den geänderten IGV ist ein koordinierender Finanzierungsmechanismus eingebaut, und das ist der fünfte Punkt, der nicht einfach nur als technische Bestimmung bezeichnet werden kann. Damit werden von der WHO die Finanzflüsse koordiniert. Denn es braucht, wie Sie gesagt haben, viel Geld. Mit dem angedrohten Austritt der USA wird zusätzlich Geld fehlen. Auch hier gibt es eine Verpflichtung der Mitgliedstaaten, die Vorschriften umzusetzen und sogenannte Kernkapazitäten aufzubauen. Es braucht also zusätzliche Finanzierungsmittel, um die geänderten IGV durchsetzen zu können. Die Führung über das Ganze hat die WHO, und sie gibt den Takt vor. Die Mitgliedstaaten sind unter ihrer Kontrolle und müssen über die Umsetzung der geänderten IGV Rechenschaft ablegen. Bei allen diesen Punkten spricht der Bundesrat von «geringfügigen Anpassungen technischer Natur». Das stimmt nicht.

Nach Ihren Ausführungen wird deutlich, inwieweit diese fünf Punkte der geänderten IGV die staatliche Souveränität aushebeln.

Auch die Abläufe in der 77. Weltgesundheitsversammlung (WHA)

waren schon absolut regel- und rechtswidrig. Aber die Schweizer Delegation hat nicht interveniert und deckt damit ein regel- und rechtswidriges Vorgehen der WHA. Das Ziel des Bundesrats ist es, das Ganze in aller Stille abzuwickeln und nicht demokratisch zu legitimieren, also weder dem Parlament und schon gar nicht dem Volk zu unterbreiten. Damit gibt er der Verwaltung ein überaus grosses Gewicht. Das widerspricht der Gewaltenteilung. Soweit dürfen wir es nicht kommen lassen!

Es ist ein Verstoss gegen Treu und Glauben, wenn man im Hinterzimmer Entscheidungen fällt, ohne die demokratischen Grundlagen in unserem Land zu berücksichtigen.

Man versucht die IGV am Parlament und am Volk vorbeizuschmuggeln. Was wir hier erleben, weist Parallelen zu den EU-Verträgen auf. Über das undemokratische Vorgehen des Bundesrats wird in diesem Fall – auch in den Hauptmedien – wenigstens gesprochen. Bei den Änderungen der IGV herrscht dagegen absolute Stille. Die Parallelen sind augenfällig, und man muss feststellen, es läuft genau gleich ab. Hier ist System dahinter.

Was müsste der Bundesrat jetzt tun?

Hinsichtlich der IGV muss der Bundesrat in dieser Situation, in der weder eine parlamentarische noch eine öffentliche Debatte stattgefunden hat, das Opting-out erklären. Allgemein sehen wir, dass bei den IGV wie auch bei den EU-Verträgen völlig intransparent vorgegangen wird. Die Fakten werden verheimlicht und nicht an die Öffentlichkeit gebracht. Der Bund informiert sehr zurückhaltend und nur selektiv. Es wird «im Geheimen» verhandelt, und die Öffentlichkeit soll nichts davon erfahren. Wir stellen fest: Die direkte Demokratie wird ignoriert. Es geht so weit, dass man Kompetenzen des Bundes internationalen Organisationen wie der WHO oder der EU übergibt und damit das Subsidiaritätsprinzip verletzt. Es werden grundsätzlich kantonale Kompetenzen dem Bund übertragen und von dort auf internationale Orga-

nisationen, die dann immer mehr in die staatlichen Aufgaben eingreifen. Leider nehmen auch die Kantone oft ihre Verantwortung nicht wahr. Über alle diese Fragen findet keine öffentliche Debatte statt.

Die neuen IGV zu verstehen, ist sicher sehr anspruchsvoll, auch die juristische Sprache wird es nicht einfacher machen.

Ja, das ist ein weiterer Punkt, nämlich die Komplexität der Vertragswerke. Die IGV lagen zunächst nur in englischer Sprache vor, aber weil der Bund ein Vernehmlassungsverfahren eingeleitet hat, mussten die Vorschriften auf Deutsch übersetzt werden. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat ein Recht darauf, zu erfahren und zu verstehen, was in diesen IGV steht. Für viele wird es, wie Sie sagen, eine Herausforderung sein, sich durch die Juristensprache zu kämpfen. Auch unsere Parlamentarier werden bei der hohen Arbeitsbelastung, mit der sie sonst schon fertig werden müssen, kaum Zeit haben, den IGV die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Dann kommen die Bürokraten aus der Verwaltung und sagen, dass sie das selbst entscheiden könnten.

Aber, ob sie das Ganze verstehen, ist auch fraglich. Vor allem kann man sich nicht darauf verlassen, dass sie es seriös prüfen. Häufig sind sie vom Gedanken getrieben, die Schweiz international mehr anzubinden. Sie hatten vorhin das Opting-out erwähnt als eine Möglichkeit, von der der Bundesrat Gebrauch machen kann. Was hätte das für Folgen?

Das Opting-out ist ein spezieller Mechanismus. Die Änderungen der IGV wurden von der WHA am 1. Juni 2024 angenommen. Sie treten am 19. September 2025 automatisch für jedes Land in Kraft, ausser es benutzt die Möglichkeit des Opting-out. Im Falle der Schweiz heisst das: Der Bundesrat muss das Opting-out bis zum 19. Juli gegenüber der WHO erklären, und damit die Änderungen ablehnen. In Anbetracht dessen, was die geänderten IGV für weitreichende Konsequenzen hätten, muss der Bundesrat mit National- und Stän-

derat darüber eine Debatte führen, damit in einem nächsten Schritt das Volk mitentscheiden kann. Das Opting-out durch den Bundesrat ist zwingend, um die demokratischen und rechtsstaatlichen Prozesse, die wir in unserem Land haben und die in unserer Verfassung festgelegt sind, einzuhalten. Es sind noch knapp zwei Monate Zeit, um das Opting-out der WHO zur Kenntnis zu bringen. In dieser Zeit ist es unmöglich, einen Entscheid im Parlament zu fällen und allenfalls die IGV vors Volk zu bringen. Es ist eine demokratische Verpflichtung, dass der Bundesrat das Opting-out erklärt.

Sind die neuen IGV dann vom Tisch?

Nein, aber sistiert. Der Bundesrat könnte das Opting-out jederzeit wieder zurückziehen, dann würden die IGV für die Schweiz in Kraft treten. Die Bürgerinnen und Bürger sollen ihren Unmut zum Ausdruck bringen, damit Druck auf die Behörden entsteht, das Volk in die Entscheidung mit einzubeziehen. Es ist empörend, was hier von der Politik geboten wird. Das Volk muss sagen können: Nein, das wollen wir nicht. Aus dem Grund hat ABF Schweiz eine schweizweite Kampagne lanciert [s. Kasten]. Insbesondere mit einer Online-Petition, die jede und jeder unterschreiben kann, können die Menschen zum Ausdruck bringen, dass sie mit diesem Vorgehen nicht einverstanden sind. Es soll erreicht werden, dass das Parlament vom Bundesrat verlangt, das Opting-out zu erklären. Dazu braucht es jede einzelne Stimme! Unterstützt wird dieses Vorgehen durch eine Flyeraktion, damit möglichst viele Menschen erfahren, worum es geht. Es ist wich-

tig, dass wir Bürger so schwerwiegende Eingriffe nicht der Politik überlassen. Letztlich müssen wir damit leben, und es geht um unsere Souveränitätsrechte.

Frau Staubli, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser

¹ Das «Aktionsbündnis freie Schweiz» ist eine breite Allianz aus allen Bevölkerungsschichten. Es setzt sich für eine selbstbestimmte Schweiz ein. Aufgrund der momentanen Dringlichkeit ist sein primäres Ziel, das revidierte Epidemien-gesetz, die Ratifizierung des WHO-Pandemiever-trages und die Übernahme der überarbeiteten Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) in der Schweiz zu verhindern.
<https://abfswschweiz.ch/wer-wir-sind-was-wir-wollen/>

Online-Petition an die Bundesversammlung: «Keine Änderung der IGV»

«Der Bundesrat hat unverzüglich, spätestens bis 19. Juli 2025, das Widerspruchsrecht gemäss Art. 59 IGV auszuüben und die Ablehnung der Änderungen gegenüber der WHO zu erklären (sog. Opting-out). Das Parlament fordert den Bundesrat auf, das Widerspruchsrecht fristgerecht auszuüben und die Änderungen abzulehnen sowie die

geänderten IGV dem Parlament zu unterbreiten.»

Die Petition kann noch bis am 1. Juni 2025 unter folgendem Link unterschrieben werden:

<https://opting-out-igv.ch/online-petition-keine-anderung-der-igv/>

Wieviel gilt das Wort eines Bundesrats?

Die bizarre Wandlung des Ignazio Cassis

von Thomas Kaiser

Schlechte Gefühle beschleichen seinen, denkt man an den Auftritt des damaligen Bundespräsidenten, Ignazio Cassis, im März 2022 auf dem Bundesplatz in Bern. Kurz nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 zelebrierte er auf einer pro-Ukraine-Veranstaltung die Verbrüderung mit Wolodymyr Selenskyj und bezog damit unter Missachtung der Schweizer Neutralität einseitig für die Ukraine und gegen Russland Stellung.¹

Auch in der folgenden Zeit verliess der Bundesrat, angeführt von Ignazio Cassis und Viola Amherd, zunehmend den Weg der Neutralität, der mit der Übernahme der EU/US-Sanktionen gegen Russland begann. Seither schloss sich der Bundesrat den weiteren EU-Sanktionen gegen Russland in der Regel an.² Mit den sogenannten «Friedensgesprächen» auf dem Bürgenstock fügten Cassis und Amherd dem Ansehen der Schweiz immensen Schaden zu, indem sie Selenskyj die Bühne überliessen und sich selbst in Szene setzten. Von Neutralität keine Spur, denn Russland war nicht eingeladen – ein Resultat der Einseitigkeit. Auch scheute sich der Bundesrat nicht, durch einen Panzerdeal mit Deutschland indirekt die Ukraine mit Waffen zu unterstützen.³ Anstatt den Frieden mit allen Mitteln zu fördern, goss der Bundesrat Öl ins Feuer und verspielte alle Vorteile, die die Neutralität bietet.

Szenenwechsel

Ignazio Cassis, damals noch Nationalrat, gab im Herbst 2017 vor der Bundesratswahl *Zeitgeschehen im Fokus* ein Interview, und seine Antworten sind im Lichte seiner heutigen Politik erstaunlich:⁴

«Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Prosperität, der guten Qualität und dem politischen System der Schweiz?»

Ja, unbedingt. Unser Staatswe-

sen ist von unten nach oben aufgebaut. Also «bottom up», wenn man es «modern» ausdrücken will. Nichts geschieht ohne das aktive Mitmachen der einzelnen Bürgerinnen und Bürger, ergo der KMU, denn die meisten KMU sind sehr kleine Betriebe. Das ist für mich die Quintessenz der Schweiz. Sie ist föderalistisch, von unten nach oben aufgebaut und direktdemokratisch. Hätten wir diese Elemente nicht im Fokus unseres Interesses, wage ich zu bezweifeln, dass die Menschen in der Schweiz noch in Frieden zusammenleben könnten.

Warum denken Sie das?

Unsere kulturellen und sprachlichen Unterschiede sind recht gross. Sie wissen, dass unsere Nachbarländer Deutschland, Frankreich, Italien jahrhundertlang im Krieg waren. Wir konnten das bei uns verhindern, weil jeder Kanton eine grosse Autonomie, jede Gemeinde sowie jede Bürgerin und jeder Bürger eine grosse Freiheit besitzen und wir als Staat neutral sind. Deshalb können wir trotz der grossen Unterschiede in Frieden zusammenleben.»

Wie bitte? Kann man verstehen, dass sich Bundesrat Cassis anschickt, alles über Bord zu werfen, was er im Interview als das Wesen der Schweiz hervorhob und würdigte? Gilt in einem demokratischen System neben allen gesetzlichen und verfassungsmässigen Regeln das Prinzip von Treu und Glauben nicht mehr, erweist sich das Wort eines Bundesrats als wertlos.

An der Pressekonferenz vom 30. April 2025 liess Ignazio Cassis die Katze aus dem Sack: Der Entschluss, den EU-Vertrag nur dem fakultativen Referendum zu unterstellen, sei auch aus «taktischen politischen Überlegungen» gefällt worden. Das Ständemehr wird so ausgehebelt.⁵ Damit tritt er den 2017 gelobten Föderalismus mit Füssen. Der EU-Vertrag soll auf Biegen und Brechen durchgedrückt werden, und dazu sind alle Win-

kelzüge recht, unter Missachtung der demokratischen Prinzipien. Auch die Erklärung Cassis', es handle sich nur um weitere bilaterale Verträge, ist irreführend. Die Auswirkungen des aktuellen EU-Vertragswerks auf unser Land sind gravierend. Sie gehen von der automatischen Übernahme von EU-Recht bis zur Unterstellung der Rechtsprechung unter den EuGH.

Das fakultative Referendum bedeutet, dass nur über das Vertragswerk abgestimmt werden kann, wenn jemand das Referendum ergreift und die geforderten 50 000 Unterschriften zusammenbringt.

Das obligatorische Referendum verlangt, um eine Vorlage anzunehmen wie zum Beispiel den EU-Vertrag, sowohl das Volks- als auch das Ständemehr. Letzteres verhindert, dass die bevölkerungsreichen Kantone die bevölkerungsärmeren überstimmen können. Das war 1848 der Kompromiss, damit die kleineren Kantone, die Angst hatten, überstimmt zu werden und ihre Souveränität zu verlieren, die Bundesverfassung annahmen. Die Garantie eines Föderalismus mit weitreichenden Kompetenzen für die Kantone stärkte den Zusammenhalt der Eidgenossenschaft. Damit ist das obligatorische Referendum eines der Fundamente unseres Staatswesens. Wie sagte es doch Herr Cassis in erwähntem Interview: «Sie [die Schweiz] ist föderalistisch, von unten nach oben aufgebaut und direktdemokratisch. Hätten wir diese Elemente nicht im Fokus unseres Interesses, wage ich zu bezweifeln, dass die Menschen in der Schweiz noch in Frieden zusammenleben könnten.»

Warum setzt er sich über alle Schweizer Werte hinweg und riskiert, das friedliche Zusammenleben in der Schweiz zu zerstören? Ignazio Cassis muss das der Bevölkerung erklären. Wer treibt ihn an, diesen Weg zu gehen, den er selbst als gefährlich einschätzt? Warum bricht er sein Wort und handelt gegen seine Überzeugung? Oder hat er nur etwas vorgegeben, um seine

Zurück zu einer Schweiz der guten Dienste

Die Schweiz als unparteiische Vermittlerin

von Dr. phil Henriette Hanke Güttinger

Am 5. Mai 2025 war in der *Jerusalem Post* zu lesen, Israel werde eine neue Gaza-Offensive beginnen, wenn in den Verhandlungen mit der Hamas keine Einigung erzielt werde.¹ Die englische Tageszeitung *The Guardian* berichtete, es handle sich um die Operation «Gideon's Chariots», die sie als «Roadmap to hell» (Fahrplan zur Hölle) bezeichnete. Israel plane, die palästinensische Zivilbevölkerung vom Norden des Gaza-Streifens in den Süden zu vertreiben und den Norden endgültig zu besetzen.

Die Ziele der israelischen Regierung beschreibt *The Guardian* wie folgt: «Sie ist entschlossen, einen unbefristeten Krieg von unterschiedlicher Intensität zu führen und den Gaza-Streifen zunehmend unbewohnbar zu machen.

Glaubwürdigkeit, als möglicher Bundesrat angesichts seiner italienisch-schweizerischen Doppelbürgerschaft zu untermauern? Seinen italienischen Pass gab er erst im Zusammenhang mit seiner Wahl zum Bundesrat ab. Was immer der Grund dafür sein mag, sein Vorgehen ist ein Verrat an der Schweizer Demokratie und muss vom Parlament dringend korrigiert werden. Kann man einem Politiker vertrauen, der wortbrüchig ist und die Erhaltung wesentlicher Elemente unseres Staatswesens aufs Spiel setzt? ■

¹ <https://www.srf.ch/play/tv/srf-news-videos/video/cassis-zu-selenski-beeindruckt-wie-dein-volk-fuer-freiheit-kaempft?urn=urn:srf:video:6f2b26ea-1900-4a7d-b832-85c960ea25e9>

² <https://www.swissinfo.ch/ger/schweiz-weitet-sanktionen-gegen-russland-im-sinne-der-eu-aus/88960096>

³ https://www.beobachter.ch/gesellschaft/politik/deutschland-bezahlt-125-millionen-fur-schimmelige-panzer-783442?srltid=AfmBOorCS8kKlqYv0-F_IIUHSSPLQr9fvvza_j_CyLd2cgJBWaftrmQI

⁴ Zeitgeschehen im Fokus, Nr. 14, vom 29.09.2017

⁵ <https://www.srf.ch/news/schweiz/staende-mehr-nicht-noetig-klare-signal-des-bundesrats-er-will-das-neue-eu-vertragspake>

⁶ <https://www.swissinfo.ch/ger/fdp-bundesrats-kandidat-cassis-gibt-italienischen-pass-zu-rueck/43469112>

Langfristig wird die ethnische Säuberung des Streifens und seine Wiederbesetzung durch Israel angestrebt, als Teil der Vision eines ausschliesslich jüdischen Staates zwischen dem Fluss und dem Meer.»²

Zur Lage im Gaza-Streifen

Die Lage der Zivilbevölkerung ist verzweifelt, wie der wöchentliche Bericht der UNOCHA zu Gaza vom 7. Mai 2025 zeigt: «Zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 7. Mai 2025 wurden nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza mindestens 52 653 Palästinenser getötet und 118 897 Palästinenser verletzt. Darunter sind 2545 Tote und 6856 Verletzte seit der Eskalation der Feindseligkeiten am 18. März 2025, so das Gesundheitsministerium. Am 5. Mai berichtete das Gesundheitsministerium, dass seit Oktober 2023 16 278 Kinder im Gaza-Streifen getötet worden sind.»³

Wie westliche Regierungen wahrgenommen werden

Proteste der westlichen Regierungen gegen das völkerrechtswidrige Vorgehen des israelischen Militärs gegen die palästinensische Zivilbevölkerung sind zwar etwas lauter geworden, aber immer noch verhalten. Die Kommentare dazu im Besetzten Palästinensischen Gebiet waren und sind entsprechend bitter. Mitte April 2025 besuchte ich in Ramallah eine grosse palästinensische medizinische Basisorganisation und sprach mit dem Direktor, der unter anderem folgendes sagte: «Was in Palästina geschieht, zeigt, dass sich die Welt in die falsche Richtung entwickelt hat, in eine faschistische Richtung, und was in Gaza geschieht, ist die absolute Abwesenheit von internationalem Recht. Und all das, was sie uns über Demokratie und internationales Recht erzählen, wo sind sie jetzt? Wir sehen sie nicht. Das zeigt uns das ganze Ausmass der Heuchelei.»

Und die Schweiz?

Diese harsche Kritik schliesst auch Bundesrat Cassis mit seiner Teilnahme bei internationalen Konflikten (Ukraine-Russland/Israel-Palästina) ein, mit der er den Ruf der Schweiz als unparteiische Vermittlerin bei internationalen Konflikten massiv ramponiert hat. Solche «l'état, c'est moi»-Allüren stehen in eklatantem Widerspruch zu den traditionellen schriftlichen Verlautbarungen der Schweiz zu Israel-Palästina. Das EDA hat sich immer auf die Uno-Charta, das Völkerrecht, das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte berufen. Zur aktuellen Situation im Nahen Osten nimmt die Schweiz entschieden und deutlich Stellung, so Pascale Baeriswyl als Vertreterin der Schweiz am 30. April 2025 vor dem Uno-Sicherheitsrat: «In Syrien, im Libanon, im Jemen und im Besetzten Palästinensischen Gebiet unterstützt die Schweiz die Arbeit der Uno, einschliesslich ihrer humanitären Organisationen und friedenserhaltenden Operationen. Diese Instrumente wurden geschaffen, um das Recht über die Gewalt, die Gerechtigkeit über die Straflosigkeit und den Frieden über den Krieg zu stellen.» In Bezug auf Gaza fordert sie die Parteien auf, unverzüglich zum Waffenstillstand zurückzukehren. Und weiter mahnt sie: «Die Schweiz erinnert daran, dass der Einsatz von Hungersnöten als Kriegsmethode ein Kriegsverbrechen nach dem Rom-Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ist. Wir verurteilen alle Verletzungen des Völkerrechts, einschliesslich des internationalen humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, die von allen Konfliktparteien begangen wurden. [...] Denn im Krieg muss die Menschlichkeit bewahrt werden.» Sie fordert die Konfliktparteien auf, «zum Recht zurückzukehren und alle Hindernisse, die dem Frieden im Wege stehen, eines nach dem anderen zu beseitigen.

Im Westjordanland, einschliesslich Ostjerusalem, umfasst dies die

Beendigung der illegalen Besetzung und der israelischen Siedlungen, die nach dem Völkerrecht illegal sind, wie in der Resolution 2334 dieses Rates und im Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2024 festgehalten wurde, das die Schweiz unterstützt.»⁴ Damit nimmt Pascale Baeriswyl die Aufgabe, die die Schweiz in der internationalen Staatengemeinschaft hat, wahr und steht laut und unmissverständlich für Recht und Gerechtigkeit ein.

Klare Stellungnahme des EDA

Beunruhigt über die geplante Operation «Gideon's Chariots» wandte ich mich am 14. Mai wie folgt an das EDA: «Israel plant eine Militäroperation, um die Zivilbevölkerung aus dem Norden des Gaza-Streifens in den Süden zu vertreiben. Präsident Macron hat sich mit deutlicher Kritik dagegen ausgesprochen. Welche Stellungnahmen des EDA, beziehungsweise des zuständigen Bundesrats liegen dazu bereits öffentlich vor? [...] Die letzten Stellungnahmen, die ich gefunden habe, beziehen sich nicht auf die geplante Operation.»

Am 19. Mai erhielt ich folgende Antwort: «Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 14. Mai 2025. Die

Schweiz ist alarmiert über die humanitäre Tragödie in Gaza und die vermeldeten Risiken einer Hungersnot. Israel muss die Blockade für humanitäre Hilfslieferungen unverzüglich aufheben. Humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza muss gemäss dem humanitären Völkerrecht und den anerkannten humanitären Prinzipien dringend bereitgestellt werden. Sie ist besorgt über die angekündigten Pläne Israels, den gesamten Gaza-Streifen einzunehmen, die Kämpfe zu verschärfen und die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung zu organisieren. Die Annexion besetzter Gebiete und die Zwangsumsiedlung von Bevölkerungsgruppen ist gemäss humanitärem Völkerrecht verboten. Diese Entwicklungen werfen Fragen hinsichtlich des Völkerrechts und des humanitären Völkerrechts auf.

Die Schweiz ruft alle Parteien dazu auf, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen, insbesondere das humanitäre Völkerrecht, einzuhalten und von einseitigen Massnahmen abzusehen, die die Friedensbemühungen gefährden könnten.

Die Schweiz ruft zudem zu einer sofortigen Rückkehr zum Waffenstillstand, zur sofortigen und bedingungslosen Freilassung aller

Geiseln und zum ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe auf.»

Eine solche Stellungnahme ist das, was in den Ländern des Südens von der neutralen Schweiz erwartet wird. Geht die Schweiz mit Bundesrat Cassis an der Spitze – für die Länder des Südens deutlich erkennbar – mit Wort und Tat künftig wieder in diese Richtung, kann der gute Ruf einer Schweiz der Guten Dienste wieder hergestellt werden. ■

¹ *The Jerusalem Post*, Israel issues ultimatum to Hamas: Deal within two weeks or expanded war An Israeli defense official said that if no deal is reached, a new Gaza offensive will begin, 5. Mai 2025.

² *The Guardian*, Yair Wallach, Seize Gaza, or make it uninhabitable. That's Netanyahu's plan: and either way he wins, 6. Mai 2025.

³ United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs occupied Palestinian territory, Humanitarian Situation Update #286 Gaza Strip 7 May 2025

⁴ Schweizerische Eidgenossenschaft, Conseil de sécurité La situation au Moyen-Orient, y compris la question palestinienne, New York, le 30 avril 2025, Déclaration lue par Pascale Baeriswyl, Représentante permanente de la Suisse

Impressum

Zeitgeschehen im Fokus

Erscheinung: ca. 18mal jährlich

Herausgeber Verein *Zeitgeschehen im Fokus* | Postfach | CH 8305 Dietlikon

Redaktion Dr. phil. Henriette Hanke Güttinger (hng), Thomas Kaiser (thk), Reinhard Koradi (rk)

Produktion und Gestaltung Robert Hofmann (roho), Andreas Kaiser (ak)

Kontakt redaktion@zeitgeschehen-im-fokus.ch

Online www.zeitgeschehen-im-fokus.ch

© 2025 für alle Texte und Bilder bei der Redaktion. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle.

Abonnieren Sie

Zeitgeschehen im Fokus

Online-Ausgabe CHF/Euro 50.00/Jahr

Print-/Online-Ausgabe CHF/Euro 80.00 Jahr

Einzelausgabe: CHF/Euro 5.00

WIR-Bank-Konto 679.098-07.1800

IBAN CH32 0839 1679 0980 7180 0

Bestellung abo@zgjf.ch

Online www.zeitgeschehen-im-fokus.ch

Ukraine-Krieg

«Russland will eine Lösung auf dem Verhandlungsweg»

«Weder Selenskyj noch die Europäer sind zu einem Verhandlungsprozess bereit»

Interview mit Jacques Baud*



Jacques Baud (Bild zvg)

Zeitgeschehen im Fokus *Noch immer vertritt der Westen die Auffassung, insbesondere die westlichen Medien und sogenannte Militärexperten, mit genügend Waffen könne die Ukraine Russland besiegen. Wie lange kann sich der Krieg noch hinziehen? Es hiess doch immer, dass der Ukraine die Soldaten ausgehen.*

Jacques Baud Grundsätzlich ist diese Auffassung falsch. Das zeigt sich in Gaza: Nicht die Bewaffnung ist der Hauptfaktor für den Sieg, sondern die Art und Weise, wie gekämpft wird. Im Westen haben wir den Krieg grundsätzlich als ein materielles und quantitatives Phänomen verstanden. In Wirklichkeit spielen Technik und Technologie zwar eine wichtige Rolle. Vor allem aber sind ausschlaggebend die Entschlossenheit sowie die Abstimmung der Strategie auf die Ziele, die Ressourcen und deren Koordination. Den Palästinensern gelingt es, die israelische Armee in Schach zu halten, von der es heisst, sie sei die mächtigste, am besten ausgerüstete, modernste und brutalste Armee des Nahen Ostens. Den Taliban gelang es, das angeblich mäch-

tigste Militärbündnis der Welt in Schach zu halten. Den Houtis gelingt es, den unverwundbaren israelischen Iron Dome problemlos zu durchbrechen. Die mächtigen französischen Rafale-Flugzeuge Indiens waren den von Pakistan eingesetzten chinesischen J-10C-Kampfflugzeugen unterlegen, was Dassault Aviation an den Aktienmärkten zum Absturz brachte.¹

Im März 2023 berechnete Marcus Keupp, ein Militär-«Experte» der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, in der *NZZ* die Abnutzungsrate der russischen Armee an Panzern und kam zu dem Schluss, dass die russische Armee im Oktober 2023 keine Panzer mehr haben,² und dies zu einer Niederlage Russlands führen würde.³ Zwei Jahre später stellt sich heraus, dass der Experte gelogen hatte, da zur gleichen Zeit ein Bericht des Kommandos der US-Streitkräfte in Europa (EUCOM) genau das Gegenteil behauptete.⁴

Im September 2023 berichteten ukrainische Soldaten, die damals in Deutschland ausgebildet wurden, dem *Kyiv Independent*, dass «die Ausbildung sie auf einen Krieg vorbereitet hat, den es so in der Ukraine nicht gibt. Sie sagten, die Nato-Offiziere würden die Realität vor Ort nicht verstehen.»⁵ Die Probleme der ukrainischen Armee liegen tiefer. Die deutschen Leopard-2-Panzer wurden nie so eingesetzt, wie sie sollten, und wurden zu einem krachenden Misserfolg der deutschen Hilfe für die Ukraine.⁶ Westlichen Medien zufolge waren die amerikanischen HIMARS «völlig ineffektiv».⁷ Die «intelligenten» amerikanischen M-982 EXCALIBUR 155 mm Granaten werden nicht mehr an die Ukraine geliefert, weil sie ihre Ziele nicht treffen.⁸

Der Westen hat von diesem Krieg absolut nichts verstanden, weder auf technischer noch auf militärischer oder strategischer Ebene. Er wollte seine Wünsche für die Realität halten. Er wollte, dass Russland schwach ist, also be-

hauptete er, dass es schwach ist. Doch die Tatsachen sehen anders aus. Die Ukraine ist nur die Spitze des Eisbergs eines Westens, der weiterhin von seiner vergangenen Grösse träumt und sich im Niedergang befindet.

Wie ich bereits sagte, liegt die Schwäche der Ukraine nicht in der Anzahl der Waffen, sondern in der Art und Weise, wie sie eingesetzt werden. Dies ist übrigens genau das gleiche Problem für die westlichen Länder, einschliesslich der Schweiz. Vereinfacht gesagt, ist die Schwäche der Ukraine nicht auf ein Hardware-, sondern auf ein Softwareproblem zurückzuführen.

Bis 2024 fehlte es der Ukraine an strategischer und operativer Kohärenz. Heute mangelt es ihr darüber hinaus an Kohäsion. Oppositionsmedien wurden 2021 verboten,⁹ Oppositionsparteien wurden verboten und russischsprachige Bücher wurde 2022 aus öffentlichen Bibliotheken entfernt,¹⁰ und die kanonische russisch-orthodoxe Kirche wurde 2024 verboten.¹¹ Unsere Medien verschweigen dies, aber die ukrainische Bevölkerung weiss es, und der Wille zur Verteidigung verschwindet. Selbst General Saluschnyj, der ehemalige Chef der ukrainischen Streitkräfte, sagt, man müsse die Idee aufgeben, die Gebiete von 1991 zurückzuerobern.¹² Die Zahl der Deserteure ist nicht genau bekannt, könnte aber laut amerikanischen Quellen bis zu 200 000 betragen.¹³

Die katastrophale Situation, die ich vor genau einem Jahr in Ihrer Zeitung erläutert habe, hat sich weiter verschärft. Nachdem Präsident Trump festgestellt hat, dass dieser Konflikt zu nichts anderem als zur Zerstörung der Ukraine führt, gehen seine politischen Gegner auf die Barrikaden und tun sich mit der Europäischen Union zusammen. So verstärken der republikanische Senator Lindsey Graham und sein demokratisches Gegenstück Richard Blumenthal die europäische «Diplomatie», um noch mehr Sanktionen

* **Jacques Baud** hat einen Master in Ökonometrie und ein Nachdiplomstudium in internationaler Sicherheit am Hochschulinstitut für internationale Beziehungen in Genf absolviert und war Oberst der Schweizer Armee. Er arbeitete für den Schweizerischen Strategischen Nachrichtendienst und war Berater für die Sicherheit der Flüchtlingslager in Ost-Zaire während des Ruanda-Krieges, arbeitete unter anderem für die Nato in der Ukraine und ist Autor mehrerer Bücher über Nachrichtendienste, asymmetrische Kriegsführung, Terrorismus und Desinformation.

zu verhängen und nicht mit Russland zu verhandeln.¹⁴

Im August 2023 hatte Graham bereits gesagt, die Ukraine werde bis zum letzten Mann kämpfen,¹⁵ solange sie mit Waffen versorgt werde, und die Unterstützung für die Ukraine als «das beste Geld, das wir je ausgegeben haben» bezeichnete, nachdem er festgestellt hatte, dass «die Russen sterben».¹⁶ Graham hatte bereits zur Ermordung von Wladimir Putin aufgerufen und wurde damit zu einem Akteur des internationalen Terrorismus.¹⁷ Unsere Politiker und Journalisten sehen die Unterstützung für die Ukraine weiterhin als «Investition» in den Kampf gegen Russland. Wie Blumenthal sagte: «Für weniger als drei Prozent unseres nationalen Militärbudgets haben wir die Ukraine dazu gebracht, Russlands militärische Stärke zu halbieren [...], ohne dass ein einziger amerikanischer Soldat, ob Mann oder Frau, verletzt wurde oder verloren ging».¹⁸ Mit anderen Worten: Wir sind dabei, die Ukraine zu opfern, um unsere historische Russophobie zu befriedigen.

Ein Konflikt wie der in der Ukraine kann nur auf zwei Arten gelöst werden: durch einen entscheidenden Sieg eines der Protagonisten oder durch Verhandlungen. Nach Lage der Dinge, wie Saluschnyj selbst sagt, ist Russland auf dem Weg, seine Ziele zu erreichen und auf den Sieg zuzusteuern. Aus dieser Perspektive hat die europäische Position den Vorteil, dass Russland seine Ziele auf maximale Weise erreichen kann, was schliesslich zu einer klaren Situation führen wird. Ich erinnere daran, dass die Ukraine, wenn der Westen Selenskyj nicht gezwungen hätte, seinen Vorschlag, den die Russen bereit waren zu akzeptieren, zurückzuziehen, keine russischen Truppen mehr auf ihrem Territorium hätte (mit Ausnahme des Donbas und der Krim, die laut Vereinbarung später geregelt werden sollten). Mit anderen Worten: Die Lage der Ukraine wäre heute erheblich besser, und vor allem wäre der Tod von wahrscheinlich fast 700 000 Ukrainern verhindert worden.

Merz sprach davon, nach seiner Wahl sofort Taurus zu liefern. Seit einiger Zeit ist er in dieser Sache

verstummt. Wissen Sie etwas Näheres darüber?

Im Moment kann er seine Taurus nicht liefern, weil die Amerikaner das nicht wollen. Sie wollen keine Eskalation riskieren, während sie nach einer Lösung für den Konflikt suchen.

Russland ist schon lange auf dem Vormarsch. Ist Putins Ziel die vollständige Eroberung der vier Oblaste? Inwieweit haben Friedensverhandlungen einen Sinn, bevor das Ziel erreicht ist?

Am 24. Februar 2022 nannte Wladimir Putin in seiner Ansprache an das russische Volk die beiden Ziele seiner militärischen Sonderoperation (SVO): die Entmilitarisierung und Entnazifizierung, die eine Bedrohung der russischen Bevölkerung in der Ukraine darstellen. Es gab eine politische Lösung für das Problem: das Minsker Abkommen, das im Februar 2015 von der Ukraine unterzeichnet und von Deutschland und Frankreich garantiert wurde. Doch der Westen und insbesondere diese beiden Länder haben sich nicht an ihre Zusage gehalten, die Ukraine zur Umsetzung dieser Vereinbarungen zu ermutigen. Diese beiden Länder haben weder Wort gehalten, noch haben sie das Völkerrecht oder die Ukrainer respektiert, die sie bis heute als «Kanonenfutter» betrachten. Sie haben eine lange Tradition in diesem Bereich.

Im Jahr 2021 hätten zwei Ereignisse den Westen aufhorchen lassen müssen: Selenskyjs Dekret vom 24. März 2021 zur Rückeroberung der Krim und des Donbas¹⁹ und das Gesetz über indigene Völker vom 1. Juli 2021, das russischstämmigen Ukrainern weniger Rechte einräumt als anderen Ukrainern.²⁰

Aus dem Dekret vom März 2021 folgte die militärische Drohung im Februar 2022, die Russland zu einer Intervention veranlasste, genau wie 2008 in Georgien. Das von Wladimir Putin definierte Ziel der «Demilitarisierung» zielt auf diesen Aspekt der Bedrohung ab. Es wurde im Frühjahr 2022 mit der Zerstörung der ukrainischen Armee erreicht, was Selenskyj dazu veranlasste, die Verhandlungen in Istanbul zu fordern. Die Europäer intervenierten, um Selenskyj dazu zu bringen, seinen Vorschlag für ein Abkommen gegen

Waffenlieferungen zum Wiederaufbau der ukrainischen Armee zurückzuziehen. Heute hat Russland seine Ziele an die Situation angepasst: Die Zerstörung des ukrainischen Militärpotenzials, die Schaffung einer Pufferzone entlang der von Russland eingenommenen Gebiete und die Forderung nach Neutralität der Ukraine sind die Folge.

Das Gesetz vom Juli 2021 ist nur eine Erscheinungsform der Diskriminierungen, die seit 2014 von den nicht gewählten Behörden in Kiew durchgesetzt wurden. Es rechtfertigt, dass die Aufnahme der vier Oblaste (Cherson, Saporoschje, Donezk und Lugansk) in die Russische Föderation Teil des von Wladimir Putin erklärten Ziels der «Entnazifizierung» ist.

Was auffällt, ist die Ignoranz, der Mangel an Kultur und Wissen unserer westlichen Journalisten und Politiker, die nur nach Selenskyjs Propaganda handeln, selbst wenn einige ukrainische Medien dieser widersprechen. Mit anderen Worten: Unsere «Kommentatoren» – alle, wie sie eben sind – verachten das ukrainische Volk zutiefst. Sie sind es, die die Ukraine zerstört und in die Katastrophe getrieben haben. Wie ich bereits sagte, wächst derzeit der Widerstand in der Ukraine, der sich sicherlich gegen diejenigen richten wird, die systematisch über den Konflikt gelogen haben, indem sie Russland als schwächeren Gegner darstellten, als es in Wirklichkeit ist, und so die Welt in die Irre führten. Diese Journalisten und Politiker sind zutiefst verachtenswert und sollten strafrechtlich verfolgt werden.

Das Treffen der Willigen endete mit einer Forderung nach einer 30-tägigen Waffenruhe. Man hat immer mehr den Eindruck, dass Frankreich, Deutschland, Grossbritannien und Polen sich weiterhin in Szene setzen und nicht von ihrem Kriegskurs Abstand nehmen wollen. Welche Rolle wird ihnen bei einem allfälligen Friedensprozess von den USA zugestanden?

Das zentrale Problem ist, dass die Europäer einen «bedingungslosen» Waffenstillstand fordern, was bedeutet, dass sie sich weigern, diesen Waffenstillstand mit einem Verhandlungsprozess zu verknüp-

fen. Der Westen will keinen Frieden, sondern eine Pause, die es ermöglicht, die Ukraine wieder zu bewaffnen oder eventuell Truppen zu stationieren, bevor die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden.

Die Russen wollen eine Lösung, die auf dem Verhandlungsweg zustande kommt und sich mit den grundlegenden Fragen der Krise (Entmilitarisierung und Entnazifizierung) befasst. Aus diesem Grund nehmen sie die Initiative von Donald Trump relativ positiv wahr. «Relativ», weil Trump keine Strategie hat. Sein Sondergesandter, Keith Kellogg, verstand nichts von dem Konflikt und wurde deshalb durch Steve Witkoff ersetzt, aber sie erreichten nichts, weil sie dachten, sie müssten nur mit einem «Plan» ankommen und alles würde sich wie durch ein Wunder regeln.

Die Amerikaner kamen mit der Idee eines «Waffenstillstands» und dachten, sie könnten ihn wie in Palästina durchsetzen. Im westlichen Vokabular wurde «Waffenstillstand» zum Synonym für «Frieden».²¹ In Palästina war der von Israel akzeptierte (aber wie üblich nicht eingehaltene) Waffenstillstand jedoch auch und vor allem der Ausgangspunkt eines Prozesses, dessen Phasen 2 und 3 noch ausgehandelt werden mussten. In der Ukraine ist dies nicht der Fall. In Wirklichkeit hat der Westen nie die Idee erwähnt, dass ein Waffenstillstand zu einem Friedensprozess führen könnte. Unter diesen Umständen ist nicht ganz klar, welches Interesse die Russen daran haben könnten, einen Waffenstillstand ohne jegliche Gegenleistung zu akzeptieren. Am 14. Juni 2024 hatte Präsident Putin die Bedingungen für den Beginn eines Verhandlungsprozesses erläutert:

1. Abzug der ukrainischen Streitkräfte aus den vier Oblasten und

2. Verzicht auf einen Nato-Beitritt; wenn Präsident Selenskyj mit diesen beiden Bedingungen einverstanden sei, werde sofort ein Waffenstillstand ausgerufen, und Verhandlungen über einen Friedensprozess könnten beginnen.

Im Gegensatz zu dem, was unsere Medien berichten, lehnen die Russen Verhandlungen nicht deshalb ab, weil sie vorrücken, sondern weil die Bedingungen für die Aufnahme des Verhandlungsprozesses

nicht erfüllt sind.

Das eigentliche Problem ist, dass weder Selenskyj noch die Europäer bereit sind, sich auf einen Verhandlungsprozess einzulassen. Nachdem Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der EU im September 2022 erklärt hatte, dass es mit Russland weder einen Dialog noch ein Appeasement geben könne,²² beschloss der Nationale Sicherheitsrat der Ukraine am 30. September 2022, jegliche Verhandlungen mit Russland zu untersagen. Dieser Beschluss war Gegenstand eines Dekrets, das am 4. Oktober 2022 veröffentlicht und nie aufgehoben wurde. Mit anderen Worten: Die Ukrainer sind nicht berechtigt, über einen Frieden mit Russland zu verhandeln, und die Europäer haben Selenskyj nicht geraten, dieses Dekret aufzuheben. Folglich wissen die Russen nicht, ob ein nach ukrainischem Recht illegaler Verhandlungsprozess gültig ist.

In Ermangelung inhaltlicher Verhandlungen haben sich Russen und Ukrainer bereit erklärt, an «Memoranden» zu arbeiten, die ihre Position zu einem möglichen Friedensabkommen erläutern, und einem Gefangenenaustausch auf der Basis «1000 zu 1000» zugestimmt. In Wirklichkeit hatten die Ukrainer nicht genügend Kriegsgefangene für diesen Austausch und mussten zivile «Gefangene» hinzufügen.

Bisher gab es jedoch noch keine Verhandlungen über die Substanz. Die Russen arbeiten an ihrem Memorandum und an einem möglichen Zeitplan für die Verhandlungen. Es ist nicht klar, ob die Ukrainer an ihrem eigenen arbeiten. Tatsächlich befürchten Selenskyj und die Europäer, dass Donald Trump die Ukraine im Stich lässt, da es für die amerikanische Hilfe keinen Ersatz gibt. Daher drängen sie auf einen bedingungslosen Waffenstillstand, der die Amerikaner zum Bleiben bewegen würde.

Wie ist das Ergebnis der ersten Verhandlungsrunde zu werten?

Es gab zu diesem Zeitpunkt keine Friedensverhandlungen! Es gab einen Dialog zwischen Amerikanern und Russen, um die diplomatische Kommunikation wieder in Gang zu bringen. Die von beiden Seiten vorbereiteten Memoranden

sollten es ermöglichen, Verhandlungen zu initiieren. Bisher haben die USA die Rolle des Vermittlers übernommen, da Trump diesen Konflikt als Bidens Konflikt ansieht. Es könnte jedoch sein, dass die Russen einen anderen Vermittler bevorzugen. Dies ist wahrscheinlich der Grund, warum der Vatikan diese Rolle übernehmen könnte, auch wenn die Russen nicht sehr begeistert davon sind.

Die Russen haben die Rolle der USA gelobt, aber sie haben sehr wohl verstanden, dass die USA nur für ihre eigenen Interessen arbeiten. Trump versucht mit der Androhung von Sanktionen, die Protagonisten zu einer Lösung zu drängen. Die Russen lassen sich jedoch nicht täuschen und haben entgegen dem Anschein keine grossen Erwartungen an eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA. Wie Sergej Lawrow sagte, erwarten (und fordern) sie nicht, dass die Sanktionen aufgehoben werden. Tatsächlich haben die Sanktionen der russischen Wirtschaft einen Schub verliehen, und die massiven Sanktionen, die Lindsey Graham verspricht, könnten den Westen mehr in Bedrängnis bringen als Russland selbst.

Es ist also wahrscheinlich, dass es zu einer Lösung des Konflikts auf dem Schlachtfeld kommen wird, wie der ehemalige EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell bereits erklärt hatte.

Herr Baud, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser

¹ <https://defencesecurityasia.com/en/dassault-stocks-plunge-amid-rafale-loss-allegations-in-india-pakistan-conflict-chinese-j-10c-sees-market-surge/>

² Thomas Zaugg & Benedict Neff: «Deswegen sage ich: Russland wird den Krieg im Oktober verloren haben», NZZ, 27 mars 2023 (<https://www.nzz.ch/feuilleton/marcus-keupp-deswegen-sage-ich-russland-wird-den-krieg-im-oktober-verloren-haben-id.1731488?reduced=true&mktcval=Twitter&mktcid=sms>)

³ «Guerre en Ukraine: L'armée de Poutine sera vaincue au plus tard en octobre», La Libre, 4 avril 2023 (<https://www.lalibre.be/international/europe/guerre-ukraine-russie/2023/04/04/guerre-en-ukraine-larmee-de-poutine-sera-vaincue-au-plus-tard-en-octobre-B252W43RBBGDPB5YSCBUNFDY7Y/>)

⁴ <https://www.eucom.mil/document/42351/gen-christopher-g-cavoli-2023-posture-statement-to-the-hasc>

⁵ <https://kyivindependent.com/new-brigade-bears-heavy-brunt-of-russias-onslaught-in-kharkiv-oblast/>

⁶ <https://www.msn.com/en-ie/money/>

«Die Hetze gegen alles Russische ist einer zivilisierten Gesellschaft unwürdig»

«Die deutschen «Eliten» haben sich von den alten menschlichen Werten schon lange verabschiedet»

Interview mit Prof. Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas, Völkerrechtler und ehemaliger Uno-Mandatsträger



Alfred de Zayas (Bild zvz)

Zeitgeschehen im Fokus Die EU- und Nato-Staaten wollen – bis auf wenige Ausnahmen – keinen Frieden. Sie rüsten auf und bereiten einen Krieg gegen Russland vor. Das ist ein Bruch des Völkerrechts. Was sagen Sie zu dieser Entwicklung?

Prof. Dr. Alfred de Zayas Die Haltung der Regierungen in Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland und in anderen Nato-Ländern ist inkompatibel mit Artikel 2(3) und 2(4) der Uno-Charta und stellt eine «Bedrohung des Weltfriedens und internationalen Sicherheit» im Sinne des Artikels 39 der Uno-Charta dar. Gemäss Artikel 103 der Charta, die als eine Art «Weltverfassung» gilt, besitzt die Charta Priorität über alle anderen Verträge – die der EU und Nato eingeschlossen. Darum sind alle Staaten verpflichtet, ihre Verträge und ihre Handlungen in Einklang mit der Uno-Charta zu bringen und alle internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln zu lösen. Hinzu kommt, dass jede Provokation, jede Eskalation eine «Androhung oder Anwendung von Ge-

walt» darstellt, die im Artikel 2(4) sowie in etlichen Resolutionen der Uno-Generalversammlung, unter anderem in den Resolutionen 2625 und 3314 untersagt ist. Wenn ein Krieg ausbricht, dann gilt eine Verpflichtung zu Friedensverhandlungen. Die Haltung der Ukraine und der Nato-Staaten, die die Friedensverhandlungen vom März 2022 ablehnten und die Umsetzung des Kompromisses von Recep Tayyip Erdoğan vereitelten, tragen eine enorme Schuld für den Tod von vielleicht einer Million Menschen. Ihre kriegerische Haltung stellt eine Verletzung der Uno-Charta und auch der menschlichen Ethik dar. Auch die Bürger Deutschlands und der anderen Nato-Staaten müssen verstehen, dass die Uno-Charta Vorrang vor dem Nato-Vertrag hat. Sie müssten auch verstehen, dass die Nato-Osterweiterung, der von den USA und der EU unterstützte Putsch vom Februar 2014 in der Ukraine und die systematische Verletzung der Minsker Abkommen durch die Ukraine die direkten Ursachen der russischen Invasion bilden. Leider wollen die Nato-Staaten dies bis heute nicht zugeben. Sie wollen den Krieg sogar eskalieren, obwohl es absolut keine Chance gibt, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnen könnte. Ein Sieg der Ukraine (und der Nato) wäre zudem ungerecht und eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der russischen Mehrheiten im Donbas und auf der Krim. Das bedauerliche Kiewer

Treffen Selenskyjs am 10. Mai mit Keir Starmer, Emmanuel Macron, Friedrich Merz und Donald Tusk war von einer intransigenten Rhetorik geprägt und bewies noch einmal, dass sie nicht bereit sind, ihre eigene Schuld einzugestehen. Deutschland zeigte sich hier besonders bellizistisch. Die Rechthaberei der Scholz/Baerbock-Regierung kann unter Merz noch schlimmer werden.

Dennoch ist der Friede die absolute Priorität der Uno. Der Friede ist auch das Gebot des Evangeliums, und dies wurde etliche Male durch Papst Franziskus im Bezug auf die Ukraine wiederholt. Der neue Papst Leo XIV. hat sein Pontifikat eben mit dem Wort «Friede» begonnen.

Deutschland gehört wieder einmal zu den Kriegstreibern und forciert die Aufrüstung. Sie hatten immer ein positives Verhältnis zu Deutschland, haben dort studiert, promoviert, entscheidende Bücher über Aspekte der deutschen Geschichte wie zum Beispiel «Die Nemesis von Potsdam» geschrieben. Wie beobachten Sie die Veränderungen?

In den 70er- und Anfang der 80er Jahre konnte man in Deutschland seriöse Forschung betreiben. Mein Projekt «Wehrmacht-Untersuchungsstelle» am Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen wurde seinerzeit sogar von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert und methodisch durch kompetente

⁷ <https://www.businessinsider.nl/us-supplied-himars-completely-ineffective-against-superior-russian-jamming-technology-report-says/>

⁸ <https://www.businessinsider.com/us-gave-up-sending-ukraine-100k-excalibur-shells-hit-targets-2024-5>

⁹ <https://europeanjournalists.org/blog/2021/08/26/ukraine-president-bans-opposition-media-strana-ua-and-sanctions-editor-in-chief/>

¹⁰ https://www.lemonde.fr/en/m-le-mag/article/2024/03/10/no-more-pushkin-dostoyevsky-or-tolstoy-ukrainian-libraries-clean-out-shelves_6603661_117.html

¹¹ <https://www.rferl.org/a/ukraine-russia-ortho->

<dox-religion-ban/33091200.html>

¹² <https://english.nv.ua/russian-war/drop-hopes-of-reclaiming-1991-borders-Saluschnyi-50516242.html>

¹³ <https://apnews.com/article/deserters-awol-ukraine-russia-war-def676562552d42bc5d-593363c9e5ea0>

¹⁴ <https://english.nv.ua/business/eu-to-coordinate-new-russia-sanctions-package-with-us-french-fm-barrot-50510828.html>

¹⁵ <https://www.facebook.com/RevolutionIreland/videos/senator-lindsey-graham-who-has-been-up-to-his-tits-in-ukraine-since-2016https-rig/1218472818909921/>

¹⁶ <https://www.newsweek.com/lindsey-graham-appears-say-russians-dying-best-money-weve-ever-spent-1803073>

¹⁷ <https://thehill.com/homenews/senate/596843-graham-calls-for-somebody-in-russia-to-take-putin-out/>

¹⁸ <https://responsiblestatecraft.org/ukraine-war/>

¹⁹ <https://www.president.gov.ua/documents/1172021-37533>

²⁰ <https://apnews.com/ua/news/nardep-vid-slugi-narodu-seminskii-zayaviv-pro-pozbavlen-nya-konstitutciinikh-prav-rosiyan-yaki-prozhi-vaiut-v-ukraini/>

²¹ <https://www.france24.com/fr/%C3%A9missions/ici-l-europe/20250328-alexander-stubb-vladimir-poutine-ne-veut-pas-de-paix-ni-de-cessez-le-feu>

²² https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/fr/SPEECH_22_5493

Berater unterstützt und begleitet. Wir veranstalteten zwei internationale Tagungen – die eine in Göttingen mit zahlreichen auswärtigen Wissenschaftlern, die meisten Professoren und Archivare, und die zweite an der Universität Köln. Ich habe einen langen Schlussbericht für die DFG verfasst und in der 8. Ausgabe von Wehrmacht-Untersuchungsstelle erstveröffentlicht. Der Bericht befindet sich auch auf meiner eigenen Website.¹ Ein derartiges wissenschaftliches Unterfangen wäre heutzutage absolut undenkbar. Das Institut für Völkerrecht würde so etwas nicht wagen, und die DFG würde das Projekt sogar bekämpfen. Ich habe nach wie vor ein positives Verhältnis zur deutschen Kultur, deutschen Musik und vor allem zur deutschen Literatur. Ich habe mehr als 120 Gedichte von Rainer Maria Rilke ins Englische übertragen (auch einige ins Französische und ins Spanische) und in einem erfolgreichen Buch in Amerika veröffentlicht, das sich einer zweiten ergänzten Ausgabe erfreut. Kürzlich habe ich 220 Gedichte von Hermann Hesse übersetzt, die demnächst in Amerika erscheinen werden. Hinzu kommen meine Übersetzungen von Goethe, Eichendorff, Lenau, Miegel und so weiter. Ich liebe die deutsche Sprache, Musik, Kultur nach wie vor. Die heutigen Pseudo-Politiker in Berlin können mir meinen Genuss an der deutschen Kultur nicht verderben.

Warum gab es in den letzten drei Jahrzehnten diese negative Entwicklung?

Der Zeitgeist in Deutschland hat sich zum Totalitarismus verändert, und ich verstehe es auch nicht, denn der Zeitgeist in den 70er Jahren war ganz anders. Die Kriegsgeneration war noch am Leben, und sie hatte noch gewisse Werte, die inzwischen abhandengekommen sind. Akademische Forschungsfreiheit existierte noch. Aber es begann schon mit Mobbing gegen unabhängige Forscher und deshalb wurde ich Mitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaften. Als Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht habe ich bereits 1980 über

die wachsenden Gefahren der Einschränkung der Meinungsfreiheit und für die Demokratie referiert. Eine allmähliche geistige Zerstörung der deutschen Wissenschaft begann bereits Ende der 70er Jahre, die in dem sogenannten Historikerstreit der Jahre 1985 bis 1987 ihren Ausdruck fand. Auf der einen Seite standen Historiker in der Tradition Leopold von Ranke (Geschichtsschreibung «wie ist es eigentlich gewesen?») – unter anderem Andreas Hillgruber, Ernst Nolte, Hagen Schulze und Michael Stürmer. Auf der anderen Seite waren die politisierten Historiker wie Hans-Ulrich Wehler, Jürgen Kocka, Hannes Heer und der Philosoph Jürgen Habermas. Ich selbst habe eine Reihe von Beiträgen zur Versachlichung der Auseinandersetzung geliefert, die unter anderem in der Zeitung *Die Welt* veröffentlicht wurden. In der beschriebenen Entwicklung zeigte sich ganz deutlich die Verweigerung, unterschiedliche historische Erkenntnisse, Standpunkte und Perspektiven wissenschaftlich zu diskutieren und daraus eine Synthese zu formulieren, um so der Wahrheit näher zu kommen. Aber es ging vor allem um Ideologie und nicht um neutrale Forschung. Das war nicht erwünscht. Bis heute konstatieren wir, dass in vielen Bereichen ein menschenrechtlicher und zivilisatorischer Rückschritt stattgefunden hat. Es gibt keine Meinungsfreiheit mehr, sondern Zensur, Angst, soziale Ausgrenzung und Selbst-Zensur.

Art. 19 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) stipuliert:

(1) Jedermann hat das Recht auf unbehinderte Meinungsfreiheit.

(2) Jedermann hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht schliesst die Freiheit ein, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen, Informationen und Gedankengut jeder Art in Wort, Schrift oder Druck, durch Kunstwerke oder andere Mittel eigener Wahl sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.

Sie sprechen von einer allmählichen geistigen Zerstörung der Wissenschaften. Wo sehen Sie die Gründe für diese negative Entwicklung?

Die Regierenden sind nicht dieselben wie in den 70er und 80er Jahren. Wir haben es mit einer neuen politischen Klasse zu tun, die Opfer der Propaganda und Umerziehung ist. Die heutigen Politiker haben nicht dieselben Werte wie damals. Anstand, Demut, Ehre, Ehrlichkeit, Integrität und Wahrheitsliebe sind nicht auf der Speisekarte. Überall beobachtet man ideologisierte Stellungnahmen oder einfachen Opportunismus und Karrierismus. Für diese Politiker spielt das Wohl des deutschen Volkes keine Rolle mehr. Hinzu kommen die grossen Medien, die die offizielle Regierungspropaganda tragen. Es geht um eine Verdummung und Indoktrination des Volkes.

Manchmal fragt man sich bei vielen Politikern wie Merz, Baerbock, Faeser, Pistorius, Strack-Zimmermann und vielen mehr, bei denen man einen unverhohlenen Russenhasse feststellen kann, ob sie irgendetwas aus der Geschichte gelernt haben oder die deutsche Geschichte überhaupt kennen. Wie sehen Sie das? Was hätte es gebraucht, um nicht hinter das Ende des Kalten Kriegs zurückzufallen?

Keiner von diesen Politikern hat irgendetwas aus der Geschichte gelernt. Aber dies ist allgemein so. Bereits im Jahre 1830 kommentierte Georg Wilhelm Hegel: «Was die Erfahrung, aber auch die Geschichte lehren, ist dieses, dass Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus derselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt haben.»²

Man lernt auch nichts von völkerrechtlichen Verträgen. Wenn man weiss, dass Artikel 20 des Uno-Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) die Kriegspropaganda und die Aufstachelung zu Hass und Gewalt expressis verbis verbietet, liegt hier ein krasser Verstoss vor. Diese Vertreter Deutschlands agieren gegen das Völkerrecht und gegen die internationale Moral, wenn sie «Hate Speech» gegen die Russen, gegen die russische Kultur, gegen russische Künstler betreiben. In Deutschland gibt es regelrechte Aufstachelung zum Hass gegen

die Russen. Deutsche Bürger, die damit nicht einverstanden sind, sollten sich an den Uno-Menschenrechtsausschuss wenden, deren Sekretär ich war. Als ehemaliger Chef der Petitionsabteilung im Büro des Uno-Hochkommissars für Menschenrechte, und in meinem Buch «United Nations Human Rights Committee Case Law»³ habe ich die Prozedur erklärt, wie man gegen Verletzungen des Paktes handeln soll. In Deutschland gibt es Verletzungen vieler Artikel unter anderem 9, 14, 19, 20, 21, 22, 25, 26, aber es gibt nur wenige Klagen gegen Deutschland. Ich vermute, dass die Menschen die Prozedur nicht kennen.

Art. 20

(1) Jede Kriegspropaganda wird durch Gesetz verboten.

(2) Jedes Eintreten für nationalen, rassistischen oder religiösen Hass, durch das zu Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt aufgestachelt wird, wird durch Gesetz verboten.

In Deutschland hat man russische Sender verboten. Die Mainstream-Medien und die Politik haben einen antirussischen Tenor, der sich auf die allgemeine Stimmung auswirkt. Russen haben nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs in einigen Ländern des Westens ihre Stellen verloren. Wie kann so Frieden in Europa geschaffen werden?

Die Hetze gegen alles Russische ist einer zivilisierten Gesellschaft unwürdig. Aber die deutschen «Eliten» haben sich von den alten menschlichen Werten schon sehr lange verabschiedet. Es bleiben nur leere Bekenntnisse zu den Menschenrechten und eine Hyper-Heuchelei. Auf Englisch nenne ich das Phänomen eine Art «Himalayan Hypocrisy», Doppelmoral, Mangel an Respekt für die anderen, Mangel an Vernunft.

Diese Verbote von ausländischen Sendern erinnern uns an das Nazi-Verbot, *BBC-Radio* zu hören. Zweifelsohne bedeutet dies alles eine massive Verletzung des Artikels 19 des IPBPR, und deutsche Bürger sollten ihre Klagen an den Menschenrechtsausschuss schicken.⁴ Dabei geht es nicht nur um die Verletzung der Meinungs- und Pressefreiheit von *RT* und *Sputnik*

– es geht um unser Recht, zu wissen, was man nennt: «The right to know oder the right to truth», wie ich in meinen 14 Berichten an den Menschenrechtsrat und an die Uno-Generalversammlung bekräftigt habe.⁵

Im Jahre 2011 hat der Menschenrechtsausschuss einen Kommentar zum Artikel 19 IPBPR veröffentlicht. Besonders einschlägig ist Absatz 49. Ich habe darüber einen langen Artikel in der *Netherlands International Law Review* veröffentlicht.⁶

Was sagt der Kommentar zum Artikel 19 Absatz 49?

«Gesetze, die die Meinungsäußerung zu historischen Tatsachen unter Strafe stellen, sind unvereinbar mit den Verpflichtungen, die der Pakt den Vertragsstaaten hinsichtlich der Achtung der Meinungs- und Meinungsäußerungsfreiheit auferlegt. Der Pakt erlaubt kein generelles Verbot der Äußerung einer falschen Meinung oder einer falschen Interpretation vergangener Ereignisse. Einschränkungen des Rechts auf Meinungsfreiheit sollten niemals verhängt werden...»

Als der Ausschuss diesen Kommentar annahm, war ich im Raum. Einige Mitglieder haben auf die deutsche Gesetzgebung hingewiesen, insbesondere auf die Verfolgung von Historikern, die eine andere Perspektive vertreten. Seinerzeit war die Frage der Zensur gegen *RT* noch nicht aktuell, sonst wäre sie damals genauso negativ beurteilt worden.

Das Verbot der russischen Sender ist doch schlichtweg Zensur.

Natürlich ist das Zensur und dazu noch eine schwere Beeinträchtigung der Demokratie, denn man kann nur dann demokratisch entscheiden, wenn man alle Fakten und alle Perspektiven kennt. Ansonsten wird man von der Obrigkeit manipuliert. Man hat ein Menschenrecht auf Information.

Meinungsfreiheit ist kein Luxus, sondern ein fundamentales Bürgerrecht, das auch im deutschen Grundgesetz enthalten ist. Man hat ein Menschenrecht, sich Informationen zu beschaffen, um sich eine ausgewogene Meinung zu

bilden. Die deutschen Behörden agieren gegen fundamentale Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, unter anderem «audiatur et altera pars» – auch die andere Seite muss gehört werden!

Deutschland galt eine Zeitlang als solide Demokratie und als Rechtsstaat. Wie beurteilen Sie heute die Bundesrepublik Deutschland?

In diesem Punkt denke ich ähnlich wie J.D. Vance und Marco Rubio. Das heutige Deutschland ist keine Demokratie mehr und kennt keine Meinungsfreiheit. Wissenschaftler, die legitime Themen auf wissenschaftliche Art anpacken, werden diffamiert, verfolgt, manchmal sogar verhaftet. Gerade deshalb habe ich seit sechs Jahren keine Einladung nach Deutschland mehr angenommen, Vorträge oder Vorlesungen in Deutschland zu halten. Noch im Jahr 2023 wurde ich vom Menschenrechtsausschuss des deutschen Bundestags als Experte eingeladen. Ich habe abgewinkt, weil ich mir das Risiko nicht leisten kann, für irgendetwas angeklagt zu werden. Dann kostet es mich 30 000 Euro für juristische Beratung und ich würde dabei über Monate Zeit verlieren. Allerdings wurde ich schon in den 90er Jahren als Experte im Rechtsausschuss des Bundestags und vor deutschen Gerichten als Rechtsexperte bestellt. Auch im Jahre 2019 war ich zweimal Gutachter im Bundestag. Damals war die Atmosphäre in Deutschland schon nicht erfreulich, aber sie hat sich seitdem zusehends verschlechtert. Ich ziehe die Konsequenzen.

Die Bekanntmachung der abgewählten Innenministerin Nancy Faeser vom 2. Mai, dass die AfD als «gesichert rechtsextrem» gilt, und die Gefahr, diese Partei zu verbieten, stellen einen frontalen Angriff auf die deutsche Demokratie, auf die Rechtsstaatlichkeit dar, auch wenn das Bundesverfassungsgericht die Bewertung vorerst sistiert hat.⁷

Wenn die Europäische Kommission halbwegs neutral wäre, würde sie diese totalitäre Massnahme als eine Verletzung des Artikels 2 des Lissaboner Vertrages (LV) einstufen und eine Untersuchung gemäss Artikel 7 LV einleiten. Dies wird aber nicht sofort geschehen,

denn es sitzen dieselben totalitären Geister in der EU wie in der Regierung in Berlin. Meiner Meinung nach ist der heutige «Verfassungsschutz» nicht da, um die Verfassung zu schützen, sondern um sie zu untergraben. Als Historiker sehe ich Parallelen. Mir scheint, dass sich Deutschland mit seinem Verfassungsschutz, auch Geheimdienst genannt, immer mehr in eine Richtung bewegt, so dass der Vergleich mit der Gestapo einmal Wirklichkeit werden könnte, wenn niemand Gegensteuer gibt. Dass der Partei ein Einblick in das Papier des deutschen Geheimdienstes und damit das rechtliche Gehör und die Möglichkeit dagegen Einspruch einzulegen, verweigert wird, hat mit der Rechtsprechung eines demokratischen Staatswesens nichts mehr zu tun. Parteienverbote kennt man aus der deutschen Geschichte und das Entfernen unliebsamer Bürger aus öffentlichen Ämtern auch.

US-Aussenminister Marco Rubio hat von «Tyrannei» in Deutschland gesprochen. Deutschland habe seinem Geheimdienst Befugnisse zur Überwachung der politischen Opposition erteilt, die eigentlich die grösste Partei im Lande ist. Rubio schrieb auf X: «Das ist keine Demokratie – es ist verdeckte Tyrannei.» Seine Darstellung zufolge liegt der wahre Extremismus nicht bei der AfD, «sondern in der tödlichen Einwanderungspolitik der offenen Grenzen des Establishments, die die AfD ablehnt».⁸

Die Einschränkung der Forschung sowie die Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit sind, wie Sie bereits erklärt haben, ein Verstoss gegen die Menschenrechte. Wie geht der Uno-Menschenrechtsrat mit solchen Entwicklungen um?

Der Menschenrechtsrat ist eine politische Institution, die enormem politischem Druck ausgesetzt wird. Man darf den Menschenrechtsrat und den Menschenrechtsausschuss nicht verwechseln. Der Rat interpretiert das Völkerrecht nach Belieben, à la carte. Der Ausschuss ist ein Expertengremium und praktisch alle seine Mitglieder sind Juristen, Professoren der Jurisprudenz oder

Richter. Allerdings, auch der Ausschuss agiert nicht immer neutral, denn die Staaten bestimmen, wer dessen Mitglieder sind. Eine Person wie ich wird niemals nominiert und gewiss nicht gewählt. Dennoch agiert der Ausschuss viel mehr im Sinne der Rechtsstaatlichkeit als der Rat. Es gibt einige solide Professionelle im Ausschuss, unter anderem Dr. Rodrigo A. Carazo aus Costa Rica. Es gibt aber eine Mehrheit von Ideologen und Politikern. Ich würde es begrüessen, wenn Generalsekretär António Guterres und Hochkommissar Volker Türk diese totalitäre Entwicklung in Deutschland beim Namen nennen würden. Aber sie schweigen.

Hatte Deutschland in der letzten Zeit eine Universal Periodic Review (UPR), das sogenannte Länderexamen, und was kam dabei heraus?

Das letzte UPR Deutschlands fand im November 2023 statt. Es war ein nutzloses politisches Spektakel, und dabei ist nichts herausgekommen.⁹

Die EU hat 2012 den Friedensnobelpreis erhalten, was damals schon sehr befremdlich war. Heute stellen wir fest, dass eine Mehrheit der Staaten Krieg will und dabei Leid und Elend in Kauf nimmt. Worin sehen Sie die Ursachen?

Da sind enorme wirtschaftliche und finanzielle Interessen im Spiel. Die Kriegsindustrie verdient Milliarden am Krieg, und sie haben so viel Geld, dass sie die Politiker kaufen können, auch die Medien. Alles ist korrumpiert worden. Die EU hat keine Werte mehr, und gewiss kein Interesse am Frieden. Allenfalls hören wir Lippenbekenntnisse, aber sogar solche Floskeln vernehmen wir immer weniger, denn die Trommeln des Krieges dröhnen. Bei der EU erkennen wir die Relevanz der Frage Juvenalis: «quis custodiet ipsos custodes» – wer bewacht die Wächter?¹⁰ Die EU ist für den Frieden geschaffen worden, aber nach und nach tut sie genau das Gegenteil. Die Wächter haben die europäischen Bürger betrogen und verraten. Nur wir können Wächter sein. Es geht um die Rettung der Zivilisation.

In der letzten Zeit kam es mehrmals vor, dass sich der Westen in die Wahlen anderer Länder eingemischt hatte oder Wahlergebnisse willkürlich anerkannte oder auch nicht, so geschehen in Georgien, Rumänien, Moldawien. Ist das nicht ganz klar eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten und somit ein Bruch der Uno-Charta?

Natürlich sind sie vulgäre Einmischungen und illegal. Alle diese «Colour Revolutions» sind von ausen gesteuert, nicht «homegrown». Meistens sind Einmischungen in die inneren Angelegenheiten von anderen Staaten von langer Hand geplant, oft durch USAID und das National Endowment for Democracy finanziert. Allmählich erfahren wir, wieviel Geld in die Zersetzung der politischen Stabilität anderer Staaten investiert worden ist. Als US-Bürger ärgert mich dies sehr, denn ich bezahle erhebliche US-Steuern. Nebenbei bemerkt, seit 2017 bin ich auch Schweizer und habe mein Bürgerrecht in allen Wahlen und Referenden wahrgenommen. Gott sei Dank ist das in der Schweiz noch möglich, und das muss auch so bleiben.

Hinzu kommt das Problem der sogenannten Nicht-Regierungsorganisationen, die aber eine politische Zielsetzung haben – und zwar «regime change» zu fördern. Deshalb haben viele Staaten neue Gesetze erlassen, um die Aktivitäten dieser Organisationen beobachten und um sie wie «foreign agents» behandeln zu können. Diese Gesetze sind nicht gegen die Menschenrechte gerichtet – im Gegenteil – sie sollen die Demokratie vor ausländischer Einflussnahme schützen.

Natürlich verletzen die künstlich initiierten farbigen Revolutionen viele Normen der Uno-Charta, vor allem Artikel 1 und 2. Das gesamte multilaterale System baut auf jenen Prinzipien der Souveränität jedes Staates auf und auf der Verpflichtung zur Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten. Dies ist auch Völkergewohnheitsrecht, das wir in etlichen Resolutionen der Uno-Generalversammlung wieder antreffen, zum Beispiel 2131, 2625, 3314, 60/1 sowie auch im Helsinki Final Act von 1975 und in der Vienna

Declaration and Programme of Action von Juni 1993.¹¹ Diese Prinzipien befinden sich auch in meinen «25 Principles of International Order», die ich 2018 dem Menschenrechtsrat vorlegte und später in ergänzter Fassung im Kapitel 2 meines Buches «Building a Just World Order» veröffentlichte.¹²

Der Westen bemühte in den letzten Jahren den Begriff der «regelbasierten Ordnung». Was versteht das Völkerrecht unter «regelbasierter Ordnung»? Wer bestimmt denn diese Ordnung beziehungsweise die dazugehörigen Regeln?

Die Uno-Charta ist die einzige universelle «regelbasierte Ordnung», die wir haben. Diese Ordnung wird durch internationale Verträge und Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes bekräftigt und ergänzt. Die Floskel «rules-based international order» war eine künstliche Formulierung des ehemaligen US-Aussenministers Antony Blinken. Sie hatte keine Gültigkeit, denn diese sogenannte Ordnung bedeutete nur die «Ordnung», die von den Vereinigten Staaten und ihren Vasallen dem Rest der Welt aufgezwungen werden sollte.¹³

Glücklicherweise sind Blinken und Biden weg. Nur die Europäer hängen noch an dieser Formulierung und dabei handelt es sich um eine neo-koloniale Weltordnung. Für die USA und Europa ist es aber vorbei. Die Zeit des Unipolarismus ist weggefeht worden. Ob die Deutschen und die Europäer es wollen oder nicht, die Welt des 21. Jahrhunderts und die Ordnung des 21. Jahrhunderts werden von den «Entwicklungs-» und «Schwellenländern» zunehmend bestimmt, auch von China, Indien, Südafrika, Brasilien, Indonesien. Man kann die Welle der BRICS-Staaten nicht aufhalten. Auch die Belt-and-Road-Initiative Chinas nimmt an Bedeutung zu. Die Kasan-Erklärung vom Oktober 2024 stellt einen Aktionsplan vor.¹⁴ Dieser Aktionsplan ist viel konkreter und besser als der im September 2024 von der Uno verkündete sogenannte «Pact for the future».¹⁵

Welche Möglichkeiten haben internationale Organisationen, um

positiv auf die Entwicklung hin zur Multipolarität einzuwirken?

Begrenzte Möglichkeiten, die sie aber unbedingt nützen müssen. Die internationale Ordnung befindet sich in Bewegung. Auch die internationalen Organisationen wie die Uno und deren Unterorganisationen wie ILO, OHCHR, UNCTAD, UNDP, UNEP, UNESCO, UNHCR, UNICEF, UNIDO, WHO, WIPO werden sich anpassen müssen. In den nächsten 20 Jahren werden alle diese Organisationen mit erheblichen finanziellen Problemen konfrontiert sein, denn die Beiträge der USA werden immer kleiner. Allerdings sind die Beiträge Chinas enorm gewachsen. Viele Mitarbeiter werden sicherlich entlassen beziehungsweise ihre Zeitverträge werden schon jetzt nicht verlängert. Nichtsdestoweniger spielen die internationalen Organisationen eine bedeutende Rolle und sind notwendig für den Frieden sowie den Multilateralismus. Ich gehe davon aus, dass Länder wie Brasilien, China, Indien und Indonesien die internationalen Organisationen zunehmend finanzieren werden. Allerdings brauchen wir alle einen Paradigmenwechsel, eine radikale Änderung unserer Haushaltsprioritäten: Weg von Krieg, weg von der Kriegsindustrie, hin zu einem Weg der Abrüstung. Wir brauchen mehr internationale Solidarität. Wir müssen eine Umwandlung von militärisch geprägten Volkswirtschaften in Volkswirtschaften für menschliche Sicherheit verlangen. Die Zukunft der Zivilisation hängt davon ab.

Sie sind Schweizer und US-amerikanischer Doppelbürger. Die Schweiz bewegt sich immer mehr in Richtung EU und Nato. Die Neutralität scheint kein Wert mehr zu sein. Was wird am Schluss dieser Entwicklung mit der Schweiz geschehen?

Meine Organisation, das «Geneva International Peace Research Institute», setzt sich für die Neutralität ein.¹⁶ Wir haben zahlreiche Pressemitteilungen herausgegeben und mit etlichen anderen Friedens-Bewegungen kooperiert. Wir beobachten mit Sorge, wie die wesentlichen Elemente der Neutralität eines nach dem anderen aufgegeben oder relativiert wur-

den. Vor einigen Wochen habe ich an einer Debatte im Genfer Presseclub teilgenommen. Ich stimme mit denjenigen überein, die die Neutralität nüchtern und überzeugend vertreten. Sehr unzufrieden bin ich mit Micheline Calmy-Reys Stellungnahmen, die im Grunde die schweizerische Neutralität auf gefährliche Weise relativierte beziehungsweise untergrub.

Auch die ehemalige Bundespräsidentin der Schweiz, Viola Amherd, hat nicht im Sinne der Schweiz und der Schweizer Neutralität gehandelt. Das Spektakel an der Bürgenstock-Konferenz war eine einzige Schande. Das war nichts anderes als eine persönliche Selbstdarstellung von Bundesrätin Viola Amherd und Bundesrat Ignazio Cassis. Ausser dass die Geladenen auf dem Bürgenstock sich auf Staatskosten haben bewirten lassen und Selenskyj hofierten, kam nichts dabei heraus. Heute spricht kein Mensch mehr davon. Das hat uns keinen Millimeter einem Frieden näher gebracht, im Gegenteil: Russland war ausgeschlossen. Es war der Schweiz nicht würdig. Ich habe Viola Amherd als Schweizer Staatsbürger einen Offenen Brief auf Englisch geschickt, den ich auch in *Counterpunch* veröffentlichte.¹⁷ Ich bekam nie eine Antwort, nicht einmal eine Empfangsbestätigung.

Man will nicht begreifen, dass die Nato keine legitime Organisation im Sinne des Artikels 52 der Uno-Charta ist. Nach diesem Artikel müsste die Nato im Sinne der Uno-Charta handeln, und nicht gegen die Ziele der Organisation. Die Nato war einmal eine Allianz für die Verteidigung. Seit 1991 wurde sie eine militärische Koalition, um andere Länder zu bedrohen und anzugreifen. Die Verbrechen der Nato-Staaten in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien sind aktenkundig, sind gut belegt. Die *BBC* veröffentlichte vor ein paar Tagen Berichte über Kriegsverbrechen durch britische Soldaten in Afghanistan: «We are the good guys» – das habe ich als Kind gelernt.¹⁸ Nato-Staaten haben gegen Artikel 5, 6, 7, und 8 des Statuts von Rom gehandelt. Daraus kann man schliessen, dass die Nato eigentlich eine «kriminelle Organisation» darstellt,

«Der Westen redete immer über Menschenrechte. Wo sind sie jetzt? Leere Worte!!!»

Zu Besuch in einer Beduinengemeinde im Jordantal

von Dr. phil Henriette Hanke Güttinger

Ende April 2025 besuchte ich im Rahmen der Kampagne Olivenöl aus Palästina¹ mit einer mobilen Klinik der Palestinian Medical Relief Society (PMRS) eine der vielen Beduinengemeinden im Jordantal, die durch massivste völkerrechtswidrige Angriffe fanatischer israelischer Siedler – oft gedeckt von israelischen Militärs – in ihrer Existenz bedroht sind. Palästinensische Basisorganisationen wie die PMRS, unterstützen die Beduinen, damit sie auf ihrem Land bleiben.

Aus dem Reisetagebuch, Dienstag, 22. April 2025

Heute Morgen sind wir mit Dr. I., einem Arzt der PMRS, für einen Be-

such mit der Mobilen Klinik im Jordantal verabredet. Auf dem Platz vor unserem Hotel in Ramallah hat es Taxis und viele Männer, die in Grüppchen zusammenstehend miteinander im Gespräch sind – seit dem Gaza-Krieg ist die Arbeitslosigkeit angestiegen.² Als wir nach einem Taxi für die Fahrt zur PMRS fragen und dessen Direktor, Dr. Mustafa Barghouthi, erwähnen, merkt man, dass dieser beliebt ist. Alle kennen ihn.

Mit der mobilen Klinik der PMRS unterwegs ins Jordantal

Im Gebäude der PMRS werden wir von Dr. I. willkommen geheissen. Beim Kaffee erfahren wir, das die PMRS vor allem in der Zone C tätig ist.³ Sie verfügt über 15 mobile Kli-

niken, die jeden Monat 150 Orte besuchen. Meistens handelt es sich um Gemeinden, die von der israelischen Besatzungsmacht nicht anerkannt werden und von dieser weder mit Energie, mit Wasser noch mit Schulen für ihre Kinder versorgt werden. Zudem sind diese Gemeinden oft gewalttätigen Übergriffen von israelischen Siedlern oder Militärs ausgesetzt, die von der UN-OCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs occupied Palestinian territory) wöchentlich dokumentiert werden.⁴

Anschliessend wollen wir mit Dr. I. und einem mobilen Team der PMRS eine dieser beduinischen Gemeinden im Jordantal besuchen.

wenn man die Kriterien anwendet, die das Nürnberger Tribunal 1945 bis 1946 gegen drei Nazi-Organisationen angewandt hat. Man müsste das Nürnberger Urteil noch einmal lesen!

Israel hat mit der wahllosen Bombardierung von Zivilpersonen, Hospitälern, Schulen und Moscheen Kriegsverbrechen begangen und begeht sie tagtäglich. Es unterscheidet nicht zwischen bewaffneten Hamas-Kämpfern und der Zivilbevölkerung. Hier schweigt der Westen sich aus. Aber gegen Putin wollen EU und Nato ein illegales Kriegsverbrechertribunal etablieren. Wie verlogen ist doch unsere Welt!¹⁹

Sie messen der Neutralität eine hohe Bedeutung bei. Was kann ein neutraler Staat auf der internationalen Bühne leisten, was ein nicht neutraler nicht kann?

Über mehr als hundert Jahre hat die Schweiz eine nützliche Vermittlerrolle gespielt. Man hatte Vertrauen in die Schweiz. Leider haben einige schweizerische Politiker wie Ignazio Cassis und Viola Amherd dieses Vertrauen verspielt. Die Neutralität wird so lan-

ge erfolgreich sein, wie die übrigen Staaten die Schweiz als neutral wahrnehmen. Seit der einseitigen Stellungnahme für die Ukraine, dem Mittragen der Sanktionen gegen Russland, der Konferenz auf dem Bürgenstock, ohne Russland einzuladen, hat die Glaubwürdigkeit der Schweiz erheblich gelitten. Das Verhalten der Schweiz bekommt die «Aussenwelt» auch mit und wird ihre Schlüsse daraus ziehen. Die 31 Nato-Staaten werden die zunehmende Auflösung der Neutralität begrüssen. Die Uno zählt aber 193 Staaten. Die Mehrheit der übrigen Länder beurteilt die ganze Situation anders. Die Neutralität ist die beste Politik für die Schweiz, aber da sind zersetzende Kräfte am Werk. Wenn die Schweiz nicht mehr neutral ist, wird sie bald nicht mehr demokratisch sein.

Herr Professor de Zayas, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser

¹ https://www.alfreddezayas.com/Law_history/dfgschlussbericht

² G. W. F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, Theorie, Werkausgabe Band 12, Frankfurt am Main,

Suhrkamp 1980, S. 17, ISBN: 3518282123

³ erschienen bei N. P. Engel, Strassburg 2009

⁴ <https://www.ohchr.org/en/treaty-bodies/individual-communications>

⁵ <https://www.ohchr.org/en/special-procedures/ie-international-order/mr-alfred-maurice-de-zayas-former-independent-expert-2012-2018>

⁶ <https://www.cambridge.org/core/journals/netherlands-international-law-review/article/abs/freedom-of-opinion-and-freedom-of-expression-some-reflections-on-general-comment-no-34-of-the-un-human-rights-committee/ADCD74F635F688851788E9079E1ABB76>

⁷ <https://www.nzz.ch/international/afd-als-rechtsextrem-eingestuft-die-deutsche-innenministerin-beendet-ihre-amtszeit-mit-einem-paukenschlag-ld.1882639>

⁸ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-05/us-aussenminister-wirft-deutschland-wegen-afd-tyrannei-vor>

⁹ <https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/de-index>

¹⁰ 6. Satire, Verse 347f.

¹¹ https://legal.un.org/avl/ha/ga_2131-xx/ga_2131-xx.html

¹² <https://www.claritypress.com/book-author/alfred-de-zayas/>

¹³ <https://www.counterpunch.org/2024/09/25/exceptionalism-and-international-law/>

¹⁴ <https://www.counterpunch.org/2024/10/31/the-brics-summit-in-kazan-a-manifesto-for-a-rational-world-order/>

¹⁵ <https://www.un.org/en/summit-of-the-future/pact-for-the-future>

¹⁶ <https://gipri.ch/>

¹⁷ <https://www.counterpunch.org/2024/07/10/open-letter-to-the-president-of-switzerland-ms-viola-amherd/>

¹⁸ <https://www.bbc.com/news/articles/cj3j5gxgz-0do>

Wir fahren los, aber schon nach kurzer Zeit ist von weitem ein Autostau zu sehen. Dr. I. erklärt, dass der grosse Checkpoint bei Al Ram geschlossen sei, damit die Israelis aus ihren Siedlungen im Westjordanland störungsfrei nach Israel zur Arbeit fahren können. Am Mittag sei das kein Problem, dann seien die Checkpoints offen. Da es lange dauern kann, bis der Checkpoint wieder aufgeht, fahren wir nicht über die breite, zweispurige, schnelle Autostrasse ins Jordantal sondern machen einen grossen Umweg. «Das ist die Tour, die unsere mobilen Teams oft machen müssen. Die israelische Besatzung will uns das Leben so schwierig machen, dass wir gehen», sagt der Arzt, der seit 35 Jahren bei der PMRS arbeitet.

Eine schlecht unterhaltende Strasse, schmal, kurvenreich und teilweise sehr steil, führt durch viele kleine Dörfer in hügeligem Gebiet Richtung Jordantal. Immer wieder seitlich der Strasse eine gelbe Metallschranke, die das israelische Militär jederzeit über die Strasse schwenken kann, um die Strasse oder den Zugang zu einem Dorf zu blockieren. Wir fahren auch durch das christliche Dorf Taybeh, in dem es sogar eine Bierbrauerei gibt. Auf vielen Hügeln sieht man völkerrechtswidrige israelische Siedlungen, die mit ihren Ziegeldächern Aussenquartieren europäischer Städte gleichen.

Auf einer besser ausgebauten Strasse geht es später durch ein arides, wüstenähnliches Gebiet abwärts Richtung Jordantal. In diesem Gebiet, das zur Zone C gehört, siedeln traditionsgemäss Beduinenfamilien und weiden in diesen kargen Gegenden ihre Schafe.

Weiter unten sind Überreste einer zerstörten Beduinensiedlung zu sehen. Ich bitte Dr. I. anzuhalten, weil ich Photos machen möchte. Er hält an. Aber als ich mit dem Photoapparat aussteigen will, sagt er: «Sie können nicht aussteigen. Das ist viel zu gefährlich. Sie können aus dem Fenster fotografieren.» Das schockiert. Als ich 2018 als Beobachterin im Rahmen eines Programms des Weltkirchenrates (EAPPI) für drei Monate im Norden der Westbank stationiert war, konnte man sich noch ungehin-



Eine Mitarbeiterin der PMRS demonstriert die Herzdruckmassage. Rechts im Bild mit weisser Kopfbedeckung der Dorfvorsteher. (Bild hhg)

dert bewegen und photographieren, selbst bei Anwesenheit des israelischen Militärs.⁵ Unterdessen muss man mit bewaffneten Angriffen extremistischer israelischer Siedler rechnen. Durch das offene Fenster mache ich zwei Photos, und schon sind wir wieder unterwegs.

Im Jordantal auf der Hauptstrasse nach Jericho sind an den Leitplanken immer wieder israelische Flaggen festgemacht. Links und rechts der Strasse viele mit Gittern und Stacheldraht umzäunte israelische Siedlungen auch mit Dattelpflanzungen, deren Früchte dann in der Schweiz im Coop und in der Migros mit der Herkunftsangabe «Israel» verkauft werden... Kurz vor Jericho zweigen wir ab und fahren auf einer schmalen Strasse zu einer Beduinengemeinde.

Zu Besuch in einer Beduinengemeinde

Vom Dorfvorsteher in langem Gewand und mit traditioneller Kopfbedeckung werden wir mit den Worten begrüsst: «Wenn Ihr gute Leute seid, seid ihr hier willkommen.» Bald sitzen wir mit ihm unter einem grossen Baum vor seinem Haus. Wir fragen den Dorfvorsteher, was sie zur Zeit für Probleme haben. «Seit 1948 ist es jetzt die schwierigste Zeit für die Palästinenser. Die israelischen Siedler attackieren uns, sie stehlen unsere Schafe – sehr viele Schafe sind bereits gestohlen worden – und zünden unsere Häuser an», so der Dorfvorsteher. Die israelische

Besatzungsmacht habe es den Beduinen verboten, das Land zu nutzen, um ihre Tiere zu weiden, wie sie es von Alters her gewohnt sind. Nachts gehen sie mit ihren Tieren in die Berge, damit die Siedler sie nicht stehlen können. Auf die Frage, ob die Lage schwieriger geworden sei seit dem Oktober 2023, antwortet er: «Vorher hatten wir keine Angriffe. Jetzt greifen die israelischen Siedler im ganzen Jordantal immer wieder an, von hier bis hinunter nach Hebron.» Wir fragen ihn, ob sie ihr Dorf bewachen. «Ja, aber wir können nichts machen. Wenn wir die Polizei anrufen oder die Palästinensische Autonomiebehörde, kommt niemand.» Eine seiner Töchter serviert den traditionellen Kaffee. Sie stellt sich vor und möchte wissen, wie wir heissen. Anschliessend zieht sie sich wieder zurück.

Der Dorfvorsteher hat zwei Frauen. Mit der ersten Frau hat er zehn Kinder und mit der zweiten Frau acht Kinder. In der Regel wird in der eigenen Grossfamilie geheiratet. Seine Töchter behält man gerne in der eigenen Grossfamilie. Heiraten zwischen Cousins und Cousinen sind möglich. Seine Gemeinde besteht ungefähr aus 150 Personen, die alle zu seiner Familie gehören. Das Einkommen der Grossfamilie setzt sich zusammen aus dem Erlös der Schafzucht und dem Lohn der Söhne, die auswärts arbeiten. In dieser Gegend leben etwa zehn grosse Beduinenfamilien.

Der Dorfvorsteher ist sehr dank-

bar für die medizinische Unterstützung durch die mobile Klinik der PMRS. In seinem Haus hat die Ärztin jetzt gerade Sprechstunde. Unter dem Vordach des Nachbarhauses findet ein Kurs in erster Hilfe statt. Die Mitarbeiterin der PMRS demonstriert an einer Halbkörperattrappe, wie eine Herzdruckmassage gemacht werden muss, 30 kräftige Stösse an der richtigen Stelle auf dem Brustkorb, dann drei Mal beatmen. Frauen und Kinder schauen interessiert zu. Das Vorgezeigte wird anschliessend reihum geübt.

Anschliessend können wir die Frauen fragen, welches hier die häufigsten Krankheiten seien. Es gebe Allergien, Erkältungen, Diabetes, Bluthochdruck, Wunden oder auch Brüche. Auch Arthritis und Arthrosen seien ein Problem. Zudem gebe es Parasiten, weil das Trinkwasser nicht gut gereinigt sei. Viele leiden auch an einem Vitaminmangel. Die Ernährung besteht hier vorwiegend aus Brot, Reis, Fleisch und Milchprodukten. Gemüse und Früchte gibt es kaum.

Eine junge Frau erzählt, dass sie die Mittelschule abgeschlossen habe, aber nicht an die Universität gehen könne, weil das Geld für den Transport nicht vorhanden sei. Dr. I. bietet ihr an, die Krankenpflegeschule der PMRS in Ramallah kostenlos zu besuchen.

Die Mitarbeiterin, die den Erste-Hilfe-Kurs gibt, kennen wir von unserem Besuch vor zwei Jahren an der Krankenpflegeschule, wo sie damals ihre Ausbildung machte. Wir freuen uns natürlich, dass sie jetzt bei der PMRS arbeitet. Sie ist verheiratet und hat Kinder.

Der Rückweg führt über die gut ausgebaute zweispurige Strasse, da der Checkpoint bei Al Rahm jetzt offen ist. Wir brauchen für den Rückweg einen Drittel der Zeit des Hinweges...

Am Eingang von Ramallah nahe dem Checkpoint zwei schwerbewaffnete israelische Soldaten, die ein Auto kontrollieren.

Zu Besuch in der Schule für Krankenpflege der PMRS

Zurück bei der PMRS besuchen wir die Schule für Krankenpflege und sprechen mit den Studierenden, jungen Frauen und einigen jungen Männern aus Hebron, dem Jor-

Aus dem Bericht der UNOCHA vom 30. April 2025

Zwischen dem 22. und 28. April 2025 dokumentierte die UNOCHA 14 Vorfälle im Zusammenhang mit Siedlern, bei denen 36 Palästinenser verletzt, zwei Familien mit acht Personen vertrieben und sieben Wohngebäude, vier Fahrzeuge, fünf für den Lebensunterhalt notwendige Einrichtungen, ein Wasserleitungsnetz sowie eine Schule und ein Jugendzentrum beschädigt wurden. Sechs Palästinenser wurden von Siedlern bei drei verschiedenen Vorfällen verletzt, bei denen es zu tätlichen Angriffen oder Steinwürfen kam: Am 22. April griffen Siedler einen 50-jährigen palästinensischen Hirten in Barriyet Za'atra, im Gouvernement Bethlehem, an, so dass er das Bewusstsein verlor, und stahlen 15 Schafe; am 26. April griffen Siedler eines neu errichteten Aussenpostens in der Nähe des Dorfes Kobar im Gouvernement Ramallah zwei palästinensische Männer an und hielten sie fest. Sie feuerten mit scharfer Munition und drohten palästinensische Beduinenfamilien, sie müssten ihre Gemeinde verlassen. Am selben Tag verletzten Siedler aus der Siedlung

Asfar drei palästinensische Bauern in Wadi Sa'ir im Gouvernement Hebron mit Steinen und Stöcken und beschädigten ihr Fahrzeug. Weitere sechs Palästinenser wurden durch scharfe Munition und Granatsplitter verletzt, die den Berichten zufolge entweder von bewaffneten Siedlern oder israelischen Streitkräften bei einem Siedlerangriff auf das Dorf Bardala im Gouvernement Tubas im nördlichen Jordantal am 24. April abgefeuert worden waren. Bei dem Vorfall setzten Siedler in Begleitung israelischer Streitkräfte auch zwei Häuser und zwei Ställe in Brand und vertrieben zwei Familien mit acht Personen, darunter drei Kinder. Weitere 24 Palästinenser wurden von israelischen Streitkräften bei zwei getrennten Vorfällen in der Stadt Sinjil im Gouvernement Ramallah am 23. und 25. April verletzt, als israelische Siedler palästinensische Bauern angriffen und israelische Streitkräfte eingriffen, wobei ein Palästinenser mit scharfer Munition lebensgefährlich verletzt wurde und 15 weitere Personen Tränengas einatmeten.

dantal, Ramallah, Birzeit, Al Ram, Tulcarem, Nablus, Jenin. Ein Mann kommt ursprünglich aus Nordgaza. Eine Frau aus Jenin, die hier ihre Ausbildung als Hebamme macht, erzählt, sie habe erlebt, wie eine schwangere Frau in einem Krankenwagen, der vom israelischen Militär blockiert wurde, verstorben sei. Darum habe sie sich für diese Ausbildung entschieden. «Wenn es hier so werden wird wie jetzt in Gaza, dann müssen wir fähig sein, Notfallhilfe (emergency help) zu leisten», so ein Studierender.

Deutlich wird auch, dass das Image des «wertebasierten Westens» im Besetzten Palästinensischen Gebiet (oPt) schwer gelitten hat. So sagt ein Student: «Es ist Krieg. Die Leute hier sind sehr frustriert. Der Westen redete immer über Menschenrechte. Wo sind sie jetzt? Leere Worte!!!» In dieser Frage ist man sich unter den Studierenden einig.

Eine der Lehrerinnen erklärt uns, es sei sehr wichtig zu lernen, wie man mögliche Komplikationen bei schwangeren Frauen (Delivery Emergency) erkennt, um dann gezielt helfen zu können. Alle Hebammen sind mit einem Geburtsset (Delivery Kit) ausgestattet, für den

Fall, dass kein Spitalzugang möglich ist.

Neuerdings erhalten die Studierenden der Krankenpflegeschule nach ihrem Schulabschluss von der Bildungsabteilung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) ein Zertifikat und können jetzt im ganzen Gesundheitsbereich (Gemeinden, Spitäler) im Besetzten Palästinensischen Gebiet arbeiten. Auch das Notfalldiplom (Emergency Diploma) wird neuerdings von der PA anerkannt.

Anschliessend an den Besuch der Schule für Krankenpflege wollte ich vom Direktor der PMRS wissen, wie die Kontakte der PMRS zum Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) sei. Er antwortet wie folgt: «Vor allem hatten wir früher mehr Kommunikation und Kontakt mit der Schweizer Regierung. Die Vertreter der Schweiz kamen regelmässig zu uns. Die letzte Person, die uns besuchte, war Maja Tassifi. Sie war im Aussenministerium tätig. Aber in den letzten Jahren oder im letzten Jahr hat sich die Haltung der Schweizer Regierung gegenüber den Palästinensern sehr negativ verändert. Die Schweiz behauptet, sie sei neutral. Aber sie ist immer weiter nach rechts gerückt

Jugendgewalt – die Rolle der Schule

von Dr. phil. Alfred Burger, Erziehungswissenschaftler

Die Zürcher Jugendanwaltschaft warnt in ihrer jährlichen Bestandesaufnahme vor zunehmend jüngeren Tätern (NZZ vom 16. 05. 2025). Dieser Anlass, so betont die Anwaltschaft, soll keine Antwort auf das Tötungsdelikt in Berikon sein, wo eine 15-jährige Schülerin vermutlich von einer 14-jährigen Schulkollegin mit einem Messer umgebracht worden war. Angesichts deren Alters drängt sich doch ein Zusammenhang auf, wenn Roland Zurkirchen, Leiter der Jugendanwaltschaft, sagt, dass die Täter immer jünger würden.

Sie sind im Schulalter, was die Frage aufwirft, ob die Schule bei dieser negativen Entwicklung vielleicht eine Rolle spielt und ob sie nicht die Aufgabe hätte, ihr entgegenzuwirken. Insbesondere, weil Roland Zurkirchen meint, «die kriminelle Karriere manch eines Jugendlichen müsste früh unterbunden werden. Weil bei so jugendlichen Menschen die Persönlichkeitsstruktur noch stark formbar sei, stünden erzieherische

und therapeutische Massnahmen im Vordergrund.»

Abschied von der Erziehung

Tatsächlich gehörte früher der erzieherische Aspekt in der Schule neben der Stoffvermittlung zu einer wichtigen Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer. In den letzten Jahren geriet ersterer zunehmend in den Hintergrund. Organisation, Qualitätsmanagement, Leistungskontrollen, Leistungsoptimierung, Individualisierung, Abarbeitung von schier endlosen Kompetenzen usw. stehen heute im Vordergrund. Die Kinder werden mehr und mehr verwaltet statt gebildet und erzogen. Dazu betrachtet man die leistungs- und verhaltensmässigen Schwierigkeiten zunehmend mit einer biologistischen Sichtweise, statt als Ausdruck erzieherischer Probleme. Man versucht deshalb, auffällige Kinder mit verschiedensten Massnahmen, und vor allem mit Medikamenten zu behandeln. In einem Interview in der NZZ vom 30. März 2025 mit dem Titel: «In immer mehr Gehirnen tobt ADHS – angeblich» be-

klagt der Psychologe Stephan Heim die sich epidemieartig ausbreitende Verschreibung von Ritalin und anderen Psychopharmaka. Vor allem bei der Einschulung und in den ersten Schuljahren bestehe die Gefahr, dass bei Kindern ADHS diagnostiziert werde. Dabei bestünden riesige geografische Unterschiede: In einigen Kantonen seien viel mehr Kinder betroffen als in anderen. Es stelle sich die Frage, «ob es Kindern in einigen Kantonen besser gehe als in anderen».

Dass heute in den Schulen der erzieherische Aspekt immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden ist, sieht man besonders deutlich bei der Frage des Mobbing und des Vandalismus in den Schulhäusern. Eltern suchen Lösungen in Privatschulen, weil ihr Kind geplagt wird, Schulen schliessen ihre Toilettenräume ab, da unter anderem immer wieder Sachbeschädigungen vorkommen. Oft unternehmen die Lehrerinnen und Lehrer wenig oder nichts, wenn Mobbing vorkommt. Sie schauen weg, weil sie sich nicht getrauen, etwas zu sa-

und hat sich sukzessive immer stärker auf die Seite Israels gestellt. Natürlich hat Israel auf die Schweizer Regierung und die Politik stark eingewirkt, worüber wir nicht glücklich sind [...] Man kann also sagen, dass die schweizerische Aussenpolitik mehr pro-israelisch geworden ist. Auch das Abstimmungsverhalten der Schweiz in der Uno in Bezug auf Palästina wurde immer schlechter.»⁶

Zurück zu einer Schweiz der Guten Dienste

Der Besuch in der Beduinengemeinde und bei der PMRS hat gezeigt, wie mit aller Kraft unermüdlich daran gearbeitet wird, dass die Menschen im oPt auf ihrem Land bleiben. Hier müsste die Schweiz, anknüpfend an ihre humanitäre Tradition, wieder aktiv werden. Statt sich auf die Seite Israels zu schlagen, wäre die Aufgabe von Bundesrat Cassis, das seit 2022 ramponierte Bild von der Schweiz

in den Ländern des Südens wieder herzustellen durch die Rückkehr zu einer Schweiz der Guten Dienste. Cassis müsste sich mit aller Kraft für die Einhaltung der Menschenrechte, des Völkerrechts, des humanitären Völkerrechts und der Uno-Charta in allen Konfliktgebieten einsetzen. Dann wäre es einem auch nicht mehr peinlich, mit einem Schweizer Pass reisen zu müssen und sich dabei für die eigene Regierung in Grund und Boden zu schämen ... ■

¹ <https://olivenoel-palaestina.ch/>

² Der völkerrechtswidrige Krieg gegen Gaza hat auch im Westjordanland zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen der palästinensischen Wirtschaft geführt. Gemäss der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) gingen bis zum 31. Januar 2024 «306 000 Arbeitsplätze verloren, was mehr als einem Drittel der Gesamtbeschäftigung entspricht». <https://www.ilo.org/de/resource/news/die-arbeitslosenquote-palaestinschen-gebieten-wird-im-ersten-quartal-2024>

³ Mit den Oslo-Abkommen (1993 und 1995) zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO wurde die besetzte Westbank in drei Zonen aufgeteilt.

Die Zone A (ca. 18%) umfasst die Kernbereiche der palästinensischen Dörfer und Städte, die weitgehend unter der Zivil- und Sicherheitsverwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) stehen. Zone B (ca. 22%) steht unter palästinensischer Zivilverwaltung und gemeinsamer Sicherheitsverwaltung durch Israel und die PA. Die Zone C (ca. 60%) bestehend aus freien Flächen, Landwirtschaftsgebieten und völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen untersteht zivil- und sicherheitspolitisch der Besatzungsmacht Israel.

⁴ Für die Zeit vom 1. Januar 2025 bis zum 31. März 2025 folgende Angaben der UNOCHA: «Die Gewalt der Siedler, die zu Opfern und Sachschäden führte, war weiterhin hoch. Im ersten Quartal 2025 wurden 356 Vorfälle dokumentiert, verglichen mit 439 Vorfällen im vorangegangenen Quartal. Diese Angriffe trugen zur Vertreibung von 38 palästinensischen Haushalten bei, in denen 223 Menschen lebten, darunter 113 Kinder, vor allem aus palästinensischen Beduinen- und Hirtengemeinschaften, die Siedlergewalt und Zugangsbeschränkungen als Hauptgründe angeben.»

⁵ vgl. dazu Henriette Hanke Güttinger: Das ist Palästina ... ist das Palästina?, 2021, ISBN:978-3-033-08597-8 henriettehankeguttinger@gmail.com

⁶ Diese Aussagen werden vom ehemaligen Schweizer Botschafter Jean-Daniel Ruch, der bis 2021 in Tel Aviv stationiert war, vollumfänglich bestätigt. <https://dieschweiz-online.ch/recht-statt-macht-das-liegt-in-der-essenz-der-schweiz/>

gen. Dazu muss auch erwähnt werden, dass sie in der Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen auch nicht mehr angeleitet werden, wie man disziplinarische oder eben auch Gewaltprobleme in ihren Ansätzen erkennt und ihnen adäquat auf der Erziehungsebene begegnet. Solch erzieherische Eingriffe gehören heute ganz offensichtlich nicht mehr zu den Aufgaben der Schule. Die Kinder sollen ihre Probleme untereinander selbst bewältigen, so wie sie auch selbstverantwortlich und auf sich alleine gestellt lernen müssen.

Unwissenschaftliche Theorien

Diese Auffassung ist Ausdruck einer unwissenschaftlichen Theorie, die den Menschen nicht als erziehungsbedürftig sieht, der von den Erwachsenen in das anspruchsvolle Zusammenleben in der Gemeinschaft eingeführt werden muss, was nicht ohne erzieherische Eingriffe vor sich geht, sondern als Wesen, bei dem die Anlagen mit geeigneten Methoden zur Entfaltung gebracht werden können; so wie eine Pflanze durch die richtige Gabe von Wasser und Dünger zum Blühen gebracht werden kann. Darum wirkt heute in den Schulzimmern der «Lernbegleiter», der «Organisator von Lernprozessen» oder der «Facilitator», wie es im Englischen heisst. Er hat keine erzieherische Funktion, er organisiert Lernprozesse, ohne dabei aktiv einzugreifen.

Gewaltprobleme werden nicht erkannt

Kein Wunder, wenn Gewaltprobleme und andere negative Abläufe unter Kindern von den Lernbegleitern lange Zeit nicht bemerkt werden, sie sind ja vor allem mit der Organisation beschäftigt. Gewaltakte brechen darum vielfach in einer Schulklasse oder in einem Schulhaus plötzlich und lawinenartig aus. Bis es so weit kommt, braucht es aber normalerweise eine Vorlaufzeit. Geschulte, feinfühligke Pädagogen können solche Erscheinungen schon in ihren Ansätzen erkennen: da eine herabsetzende Bemerkung, dort ein Briefchen mit Gemeinheiten, Ausschluss von gewissen Kindern und so weiter.

Cybermobbing

Heute ist das sogenannte Cybermobbing zu einem schwerwiegenden Problem in den Schulen und unter Kindern und Jugendlichen ganz allgemein geworden. Nur ein Pädagoge, der mit seinen Schutzbefohlenen in Beziehung ist, kann diesbezügliche Veränderungen bei den Kindern erahnen und auch eine Stimmung schaffen, dass sich Betroffene ihm anvertrauen, damit Massnahmen ergriffen werden können.

Nichts zu sagen gegen negatives Verhalten ist grundfalsch und legt eine Stimmung der Angst in einer Klasse. Wenn die Lehrerinnen und Lehrer nicht deutlich ihre ablehnende Meinung zu ungemeinschaftlichem und gewalttätigem Verhalten zum Ausdruck bringen, heisst das für alle Kinder, dass die Erwachsenen es gutheissen. Das hat Albert Bandura schon vor langer Zeit mit seinen grundlegenden Forschungen über das Lernen am Modell belegt. Ohne Einspruch der Erwachsenen breiten sich gewalttätige «Konfliktlösungen» immer mehr aus und geben jenen Schülerinnen und Schülern in der Klasse Oberwasser, die vermeintlich schwächere heruntermachen. Niemand wird sich dann getrauen, dagegen noch etwas zu sagen. Es wäre die Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer, einen mitmenschlichen Umgang vorzumachen und auch einzufordern.

Bedeutung der Klassengemeinschaft

Nur schon die morgendliche Begrüssung und die Verabschiedung am Abend wäre ein Ritual, das die Kinder einander näherbringen könnte. Oder das Einfordern einer menschenwürdigen Sprache wäre ganz wichtig. Das Heruntermachen anderer darf nicht geduldet werden. Die Berner Erziehungswissenschaftlerin Françoise Alsaker hat, aufbauend auf den Forschungen des norwegischen Konfliktforschers Dan Olweus, bewährte Anleitungen publiziert, wie Lehrerinnen und Lehrer möglichst früh schon, also bereits im Kindergarten, eine Stimmung schaffen können, damit sich Gewalttendenzen gar nicht erst entwickeln können. Sie legt das Gewicht dabei

nicht auf die herkömmliche Täter-Opfer Problematik, sondern auf die Bildung einer Klassengemeinschaft und die Stärkung der Kinder mit gemeinschaftlichen Ansätzen, damit sie fähig werden und sich getrauen, etwas gegen negatives Verhalten von Mitschülern zu sagen.

Vorbildfunktion der Lehrerinnen und Lehrer

Lehrerinnen und Lehrer haben eine Vorbildfunktion: Wie sie mit den Kindern umgehen oder auch auf sie eingehen, ob sie gegen negatives Verhalten Stellung nehmen, ob und wie sie positives Verhalten hervorheben usw. hat einen nachhaltigen Einfluss auf die Kinder. Lehrerinnen und Lehrer bleiben immer Vorbilder, im positiven wie negativen Sinne! Leider herrscht heute an vielen Pädagogischen Hochschulen die Theorie, dass es keine Vorbilder mehr brauche, weil das die Kinder in ihrer Entfaltung einschränke. Da ist es kein Wunder, wenn sich ungemeinschaftliches Verhalten und Gewalt in den Schulen bei den Kindern in immer früherem Alter ausbreiteten. Natürlich tragen auch gesellschaftliche Probleme und der uferlose Medienkonsum dazu bei. Doch umso mehr hätte die Schule die Aufgabe, diesen negativen Erscheinungen entgegenzuwirken. In erster Linie sind da die Pädagogischen Hochschulen gefragt, die von ihren falschen Theorien endlich abrücken müssten. ■



ISBN 978-3-456-85667-4